

Russische Föderation: Tschetschenien – „Normalisierung“ in wessen Augen?

amnesty international

Russische Föderation: Tschetschenien „Normalisierung“ in wessen Augen?

Juni 2004

Übersetzung durch die Russland-Koordinations-
Gruppe der deutschen Sektion.

Verbindlich ist der englische Originaltext:

AI Index: EUR46/027/2004

Die Menschenrechtskatastrophe in Tschetschenien.....	5
Extralegale Hinrichtungen	8
Die Tötung von neun Männern aus Duba-Yurt	8
Die Tötung von Aslan Dawletukaew	9
„Verschwindenlassen“	9
Das „Verschwinden“ von Artur Achmatchanow	10
Das „Verschwinden“ von Schaprudi Israilow und Adlan Dowtaew	11
Das „Verschwinden“ von Ali Chadaew.....	12
Frauen als Zielscheibe im bewaffneten Konflikt	13
Das „Verschwinden“ von Elisa Gaitamirowa.....	14
Das „Verschwinden“ von Milana Osdoewa.....	14
Das "Verschwinden" von Aminat Dugaewa und Kurbika Sinabdiewa	15
Die Ermordung von Cheda Kungajewa	16
Folter und Misshandlung	17
Die Ermordung von Timur Chambulatow	17
Folterung und Misshandlung in geheimer Haft	18
Der Fall von Achmed Gisaew	18
Repressalien gegen Kläger beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	19
Binnenflüchtlinge unter Druck in Inguschetien	21
Die sich verschlechternde Situation der Menschenrechte in Inguschetien	24
Hubschrauberattacke in der Siedlung Slepzowskaja	25
„Verschwinden“ von Raschid Osdoew	25
„Verschwinden“ von Baschir Mutsolgow.....	28
Straflosigkeit	28
Strafverfahren gegen Eduard Ulman und drei andere Militärangehörige.....	29
Unvollständige Untersuchungen	30
Fall von Sergej Lapin.....	30
Der Tschetschenische Konflikt und die internationale Gemeinschaft	31
Empfehlungen an den Präsidenten und die Regierung der Russischen Föderation:.....	34
Empfehlungen an tschetschenische bewaffnete Oppositionsgruppen:	35
Empfehlungen an andere Regierungen:	35
Empfehlungen an den Europarat:.....	36
An den Generalsekretär:.....	36
An das Ministerkomitee:.....	36
An die Parlamentarische Versammlung:.....	37
An den Menschenrechtskommissar:	37
An die Mitgliedstaaten des Europarates:	37

Russische Föderation: Tschetschenien

„Normalisierung“ in wessen Augen?

Der zweite bewaffnete Konflikt in Tschetschenien seit dem Zerfall der Sowjetunion dauert nun seit fünf Jahren an. Trotz wiederholter Aussagen von russischer und Moskau-freundlicher tschetschenischer offizieller Seite, dass sich die Situation normalisiere, scheint kein Ende in Sicht zu sein, weder des Konfliktes selbst, noch der ihn begleitenden Menschenrechtsverletzungen. Obwohl die Luft- und Bodenangriffe, die in früheren Phasen des Konflikts regelmäßig stattfanden, mittlerweile ausgesetzt sind, und die Überfälle auf Dörfer, welche in den vergangenen Jahren zur regelmäßigen Praxis gehörten, nun gezielter und in der Nacht stattfinden, verletzen russische und tschetschenische Sicherheitskräfte die Menschenrechte weiterhin straflos. Hierzu gehören extralegale Hinrichtungen, „Verschwindenlassen“ von Menschen und Folter, einschließlich Vergewaltigung und Misshandlung; solche Verletzungen stellen einen Bruch der internationalen Verpflichtungen der Russischen Föderation im Bereich der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts dar, die das Recht auf Leben, auf Würde und Sicherheit der Person gewähren und den Schutz vor Folter oder anderen Formen der Misshandlung garantieren. Zusätzlich zielen tschetschenische oppositionelle bewaffnete Gruppen auf zivile Mitglieder der tschetschenischen Regierung und werden verdächtigt, verantwortlich für mehrere Bombenanschläge zu sein, die oftmals wahllos verübt wurden und das Leben zahlreicher unschuldiger Zivilisten forderten. Eine große Zahl solcher Verletzungen und Missbräuche, von denen viele Kriegsverbrechen sind, sind straffrei geblieben, weil sehr wenige der Täter jemals identifiziert und vor Gericht gebracht werden konnten. Die „Normalisierung“ zeichnet sich durch mangelnden Respekt vor dem Rechtsstaat und vor der Sicherheit des Einzelnen aus.

Menschenrechtsverletzungen, die zuvor fast ausschließlich in Tschetschenien vorkamen, breiten sich jetzt auch jenseits der Grenze ins benachbarte Inguschetien aus. Während Inguschetien in den ersten Jahren des Kriegs als sichere Schutzzone für tschetschenische Flüchtlinge angesehen wurde, ist dies jetzt nicht mehr der Fall. Während der ersten Monate des Jahres 2004 scheint es eine wachsende Zahl von „Verschwindenlassen“ und Tötungen in Inguschetien gegeben zu haben, die Tschetschenen wie Inguschetien gleichermaßen betreffen.

Im Juni 2004 wurde das letzte Flüchtlingslager in Inguschetien für Binnenflüchtlinge (IDPs – Personen, die innerhalb der eines Staates vor Fluchtursachen fliehen) aus Tschetschenien, Satsita, geschlossen. Vier andere wurden in den sechs Monaten zuvor bereits geschlossen. Flüchtlinge aus diesen Lagern wurden sowohl von föderaler als auch lokaler Seite mit einem extrem hohen Druck gedrängt, nach Tschetschenien zurückzukehren. Viele haben dies abgelehnt und ihre Entscheidung mit der sehr schlechten Sicherheitslage begründet. Andere sahen für sich keine Alternative und sind in eine sehr unsichere Zukunft zurückgekehrt. Nach der Schließung der Zeltlager stellt sich jetzt die Frage, ob die Behörden auf die Zehntausende Tschetschenen, die noch in notdürftigen Siedlungen oder privaten Unterkünften in Inguschetien

en leben, den Druck weiterhin erhöhen werden, um sie zu einer Rückkehr nach Tschetschenien zu veranlassen.



Zwei Jungen spielen in den Ruinen eines ehemaligen Zeltlagers für Binnenflüchtlinge, Sputnik. © ai

Dieser Bericht basiert auf den Erkenntnissen einer Delegation von amnesty international, die im März und April 2004 nach Inguschetien reiste, sowie auf andauernde Nachforschungen des Internationalen Sekretariats von amnesty international in London. Während der Mission in Inguschetien interviewten die Ermittler von amnesty international eine erhebliche Anzahl Opfer von Menschenrechtsverletzungen sowie ihre Verwandten und trafen auch Rechtsanwälte und Repräsentanten der lokalen und internationalen Organisationen, die in der Region arbeiten, einschließlich *Memorial*, der *Gesellschaft Russisch-Tschetschnischer Freundschaft*, des *Dänischen Flüchtlingsrates*, der *Initiative Gerechtigkeit für Tschetschenien* und in *Niizo*. Ziel war es, Informationen über die Menschenrechtslage innerhalb Tschetscheniens sowie in Inguschetien einzuholen.

Die Ermittler besuchten Inguschetien zu einer Zeit, in der sich die Situation in der Republik in zunehmendem Maße verschärfte. Die Sicherheitslage bleibt in Tschetschenien zwar weitaus prekärer als in Inguschetien, aber die steigende Zahl der Menschenrechtsverletzungen in einer Republik, die bis vor zwei Jahren als verhältnismäßig sicher galt, rechtfertigt die Einbeziehung Inguschetiens in diesen Bericht. Es ist nicht nur ein Ort, wo tschetschenische IDPs Schutz gesucht haben, es ist eine Republik, in der der Zyklus der Gewalt und der Mißhandlungen, der in Tschetschenien herrscht, jetzt wiederholt wird.

amnesty international ist auch weiterhin sehr besorgt über den fortwährenden Zyklus der – straflos begangenen- Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien sowie über die mangelnde Ahndung bereits vergangener Verbrechen.

Die Menschenrechtskatastrophe in Tschetschenien

Die Annahme einer neuen Verfassung im März 2003 und die Präsidentenwahlen Anfang Oktober des gleichen Jahres wurden von der russischen Regierung als wichtigste Schritte in Richtung Normalisierung der Situation in Tschetschenien gepriesen. Die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus, da extralegale Tötungen, "Verschwindenlassen" und Folter, einschließlich Vergewaltigungen und wahllose Tötungen von Zivilisten weiterhin systematisch auftreten. Diese Taten sind schwerwiegende Verletzungen der international garantierten Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts, die Kriegsverbrechen sein können.

Während Normalisierung schwer definierbar bleibt, scheint ein bestimmtes Maß von „Tschetschenisierung“ stattgefunden zu haben. Für einen zunehmenden Teil der Menschenrechtsverletzungen, die in der Republik begangen werden, werden sogenannte Kadirowtsy verantwortlich gemacht, eine bewaffnete Gruppe unter dem Befehl von Ramzan Kadirow, Sohns des letzten Präsidenten Achmad Kadirow. Viele von amnesty international befragte Tschetschenen sagten, sie fürchteten diese Gruppe sogar mehr als die föderalen Truppen. Angeblich schließen sich immer mehr tschetschenische Kämpfer, die zuvor gegen Russland gekämpft haben, der Gruppe der Kadirowtsy an. Im Februar 2004 wurden Berichten zufolge ungefähr 80 Verwandte des ehemaligen tschetschenischen Gesundheitsministers Omar Khambiev in verschiedenen Dörfern Tschetscheniens durch die Kadirowtsy verhaftet, gefoltert und misshandelt. Hierdurch sollte Druck auf Omar Khambiev ausgeübt werden, um ihn davon abzuhalten, sich auf internationalen Foren gegen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien auszusprechen und sein Bruder Magomed Khambiev, ein führender Oppositionskämpfer, zur Aufgabe gezwungen werden, was er angeblich am 8. März tat.

Kurz vor seiner Ermordung am 9. Mai 2004 verkündete Präsident Kadirow angeblich seine Absicht, stärker gegen die tschetschenischen Kämpfer durchzugreifen. Berichten zufolge sind seitdem eine große Anzahl militärischer Operationen in Tschetschenien durchgeführt worden, bei denen viele Menschen verhaftet und „verschwunden“ sein sollen.

Es wird angenommen, dass Tausende Tschetschenen seit dem Ausbruch des zweiten Konflikts im Herbst 1999 „verschwunden“ sind. Viele wurden während der sogenannten „Zachistki“, Razzien der Militärs, um angeblich die Dokumente der Menschen in einem Dorf oder in einem Bezirk zu überprüfen, von zu Hause mitgenommen. Während dieser Razzien werden ganze Dörfer für Tage umzingelt und die russischen Truppen, manchmal begleitet von tschetschenischen Sicherheitskräften, durchsuchen Haus um Haus und überprüfen Dokumente. Während der ersten Periode des bewaffneten Konflikts wurden diese Razzien häufig von massiven Menschenrechtsverletzungen begleitet. Beispielsweise wurden am 2. Juli 2001 während einer Razzia russischer Truppen Berichten zufolge mehrere hundert Einwohner von Ser-novodsk, einer Stadt nah an der Grenze Inguschetiens, verhaftet. Mehrere der Männer sollen gefoltert und auch vergewaltigt worden sein. Soldaten sollen Häuser geplündert und einige von ihnen mit Granaten zerstört haben. Die Soldaten sollen den Einwohnern erklärt haben, dass sie „das Dorf vom Angesicht der Erde auslöschen“ würden. Die meisten Männern wur-

den am 2. oder 3. Juli freigelassen, aber das Schicksal zweier Männer, Aпти Isigow und Selimchan Umchanow, die von den russischen Kräfte zu einer Haftanstalt in Achkoi-Martan mitgenommen wurden, bleibt unbekannt. Obwohl – laut des Büros des Sonderbeauftragten des Präsidenten der Russischen Föderation für die Sicherung der Menschenrechte und Bürgerrechte- und -freiheiten in der Republik Tschetschenien – die Verantwortlichen dieser besonderen Operation bekannt sind, ist niemand bislang vor Gericht gestellt worden.

Als Reaktion auf wiederholte Äußerungen der Besorgnis des Europarates, von Regierungen und von Nichtregierungsorganisationen verkündeten die russischen Behörden den Erlass Nr. 80, der die Kennzeichnung der in Tschetschenien operierenden militärischen Einheiten erfordert, und die Verordnung Nr. 46, die die Anwesenheit eines Staatsanwalts bei Durchsuchungen und Identitätsüberprüfungen vorschreiben. Diese Verordnungen sollen jedoch häufig ignoriert worden sein und werden allgemein als unzureichend angesehen, die Zivilbevölkerung vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen.

Während die Anzahl groß angelegter Militärrazzien rückgängig ist und von weniger Menschenrechtsverletzungen begleitet sind, gibt es regelmäßig Berichte über zielgerichtete Operationen, die meistens nachts stattfinden, normalerweise durch maskierte Männer in Tarnkleidung, die in Militärfahrzeugen mit verdeckten Nummernschildern fahren. Solche Operationen haben weniger gesamte Dörfer als vielmehr bestimmte Häuser zum Ziel, die Menschenrechtsverletzungen aber bleiben dieselben - einige Verhaftete werden innerhalb einiger Tage freigelassen, häufig nur gegen ein Lösegeld, andere "verschwinden" oder werden ohne Gerichtsverfahren exekutiert. In einem Interview mit der russischen Zeitung Iswestija am 28. März 2003 gab ein ungenannter Offizier, der für die Abteilung des Heeresnachrichtendienstes des Ministeriums der Verteidigung arbeitete, zu, dass die russischen Truppen solche Methoden angewendet hätten, um die Kontrolle durch die Staatsanwaltschaft zu vermeiden. Er behauptete zwar, dass diese Razzien in der Nacht notwendige Maßnahmen im bewaffneten Konflikt seien, den Russland als „Krieg gegen den Terror“ beschreibt, gab aber zu: „Manchmal werden unschuldige Leute mit hineingezogen und sterben. (...) Wenn wir die Wahrheit herausfinden, ist es zu spät, etwas zu ändern, die Person ist bereits tot.“¹ Der russische Politiker und Menschenrechtler Sergej Kowaljow hat die Täter solcher Verbrechen als "Todesschwadronen" bezeichnet, und sogar der letzte tschetschenische Präsident Achmad Kadirow, dessen eigene Sicherheitskräfte verdächtigt werden, in eine Reihe von Fällen des „Verschwindens“ verwickelt zu sein, hat sich gegen solche Operationen ausgesprochen.

Unabhängig davon, ob die Razzia groß angelegt ist oder sich gegen eine einzelne Person richtet und ob die Folge „Verschwinden“, Folter oder extralegale Hinrichtung ist, es gibt ein gemeinsames Merkmal – wer auch immer die Täter sind, ihre Verbrechen werden so gut wie nie verfolgt. Der offensichtlich fehlende Wille der föderalen und regionalen Behörden, diese Verbrechen zu verfolgen und sicherzustellen, dass die Täter dieser Menschenrechtsverletzungen identifiziert und vor Gericht gestellt werden, setzt das Klima der Straflosigkeit in der Tschetschenischen Republik fort. Viele Menschen, die amnesty international interviewt hat,

¹ <http://www.izvestia.ru/politic/article31814>

waren nicht in der Lage zu sagen, welche Einheiten der bewaffneten Kräfte – tschetschenische, russische oder beide – für das „Verschwinden“ oder die extralegale Hinrichtung ihrer Verwandten verantwortlich waren; einige von ihnen nahmen an, dass persönliche Rache einer der Gründe gewesen sein könnte, oder dass jemand unter der Folter eine Aussage gemacht habe, die ihre Verwandten belastet hätte. Jedenfalls hat die breite Mehrheit dieser Leute ein komplettes Versagen der Behörden erfahren, die Verbrechen gründlich zu verfolgen und „Wiedergutmachung“ für die sicherzustellen, die Menschenrechtsverletzungen erleiden mussten.

Laut in der Region arbeitenden Menschenrechtsorganisationen bedeutet diese weitverbreitete Straflosigkeit, dass heute wenige Überlebende von Folter, einschließlich Vergewaltigung und Misshandlung, bereit sind, sich zu melden und über die Verbrechen zu sprechen, die gegen sie begangen wurden. Sie haben nicht nur keine Hoffnung auf Gerechtigkeit, sie fürchten auch die Vergeltung der Täter. Darüber hinaus verursachen Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlung nicht nur körperlichen Schaden; der psychische Schaden kann für die Überlebenden ebenfalls verheerend sein. In Tschetschenien ist wegen des damit verbundenen Stigmas kaum jemand bereit, über Vergewaltigung als Form der Folter zu sprechen.² Es gab auch Berichte, dass die Vergewaltigung von Männern und Frauen durch Mitglieder der russischen Truppen während der Razzien in Sernowodsk und anderen Orten zum Selbstmord einiger der Überlebenden geführt hat. amnesty international sind wiederholt Berichte von der Vergewaltigung von Frauen – einschließlich Schwangerer – und Männern unter der Bedingung zugegangen, dass die Organisation die Namen der Überlebenden nicht veröffentlicht oder freigibt.

Russische und tschetschenische Nachrichtenagenturen berichten täglich über Schießereien und Explosionen in Tschetschenien, die manchmal den Tod von Zivilisten zur Folge haben. Viele Zivilisten sind und werden Todesopfer von Landminen. Mitglieder der Polizei und der tschetschenischen Behörden sind regelmäßig das Ziel bewaffneter tschetschenischer Oppositionsgruppen. Unterschiedliche unabhängige Quellen berichten, dass zwischen dem 1. und 20. Mai 2004 mindestens fünf tschetschenische Polizisten getötet oder verwundet worden sind, als unbekannte Personen das Feuer auf sie eröffneten. Tschetschenische Nachrichtenquellen, die sich loyal zum tschetschenischen Oppositionskämpfer Schamil Basaew verhalten, bezeichnen solche Tötungen manchmal als „erfolgreiche Operationen“ gegen die russischen Kräfte, und in einer Aussage, die auf die Veröffentlichung des jährlichen Berichts von amnesty international im Mai 2004 folgte, rechtfertigt Mowladi Udugow, ein Sprecher der nach Unabhängigkeit strebenden tschetschenischen Kräfte, solche Tötungen als legitime militärische Operationen: „Tschetschenische bewaffnete Kräfte haben absolut das legitime Recht, mit diesen angemessenen Operationen gegen den Aggressorstaat vorzugehen, gegen die Einheiten der Eindringlinge, die zu diesem Staat gehören und gegen die Einheiten der Kollaborateure.“³

² Im April 2004 hat die britische „Medizinische Stiftung für die Behandlung von Folteropfern (Medical Foundation for the Care of Victims of Torture“) einen Bericht veröffentlicht, der Folter und auch Vergewaltigungen in Tschetschenien dokumentiert. Der Bericht legt Gespräche mit tschetschenischen Asylbewerbern im Vereinigten Königreich zugrunde und stellt dar, dass 17 der interviewten Männer und Frauen sexuell gefoltert worden seien.

³ <http://www.kavkaz.org.uk/eng/article.php?id=2810>.

Es liegen auch Berichte über Angriffe auf Einzelpersonen sowie Bombenexplosionen in Ingušetien vor. Beispielsweise soll am 3. Dezember 2003 eine Bombe auf einer Straße nahe den damals noch bestehenden Flüchtlingslagern Satsita, Alina und Sputnik explodiert sein. Nur bei sehr wenigen Gelegenheiten haben sich tschetschenische Kämpfer zu solchen Bombenexplosionen bekannt. Nach der Ermordung des Präsidenten Achmad Kadirow am 9. Mai 2004 bekannte sich der führende tschetschenische Oppositionskämpfer Schamil Basaew am 17. Mai verantwortlich für die Explosion, die sechs Menschen tötete, darunter ein acht Jahre altes Mädchen. Mindestens 13 Menschen benötigten wegen der erlittenen Verletzungen eine Krankenhausbehandlung.

Extralegale Hinrichtungen

Die Tötung von neun Männern aus Duba-Yurt

Am 9. April 2004 fanden Einwohner die Leichen von neun Männern in einer Schlucht nahe Serzhen-Yurt in der tschetschenischen Region Schali. Die Leichen hatten Schusswunden und Spuren von Folter, wie berichtet wurde. Acht der Männer sollen in den frühen Stunden des 27. März 2004 durch russische Kräfte im Dorf Duba-Yurt, ungefähr 25 Kilometer von Serzhen-Yurt entfernt, verhaftet worden sein.

Ein Zeuge erklärte amnesty international, dass er in der Nacht von 27. März 2004 geweckt wurde, indem eine Gewehrmündung in sein Gesicht gepresst wurde. Eine Gruppe maskierter Männer hatte das Haus betreten; sie sprachen hauptsächlich russisch, aber er meinte, dass einige von ihnen wegen ihres Akzents Tschetschenen gewesen sein könnten. Die Männer verlangten die Namen aller Bewohner des Hauses. Unter anderen nahmen sie Zelimkhan Osmaew mit. Seine Tochter, die versucht hatte, sich am Bein ihres Vaters festzuhalten, wurde durch einen der Männer weggezogen und gegen einen Bettpfosten geworfen. Sie erlitt dabei eine Kopfverletzung. Als die Verwandten von Selimchan Osmaew fragten, wohin er mitgenommen würde, wurde ihnen erklärt, dass „sie das nichts angehe.“ In einem anderen Haus in Duba-Yurt soll eine 71-jährige Frau bei dem Versuch geschlagen worden sein, die maskierten Männer zu stoppen, die ihren Sohn mitnahmen.

Nach Zeugenaussagen fuhren am Samstag, dem 27. März 2004 gegen 2 Uhr morgens acht Militärfahrzeuge mit einer großen Gruppe maskierter Männer in Tarnkleidung in das Dorf und führten eine gezielte Razzia in 19 Häusern durch. Sie verhafteten 11 Männer zwischen 28 und 44 Jahren, aber entließen drei von ihnen bald danach. Die anderen acht Männer, einschließlich Selimchan Osmaew, "verschwanden" danach. Als ihre Verwandten später am selben Tag der lokalen Polizei und der Staatsanwaltschaft den Vorfall melden wollten, sollen die Behörden die Aufnahme der Fälle abgelehnt haben. Erst am darauffolgenden Montag wurden ihre Berichte aufgenommen und die Staatsanwaltschaft begann eine Untersuchung der Vorfälle. Von einem Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft in Shali erhielten die Verwandten angeblich die Information, dass die acht Männer in Hauptquartier der russischen Kräfte im

Nordkaukasus in Chankala festgehalten wurden.⁴ Dieses wurde von der Militärstaatsanwaltschaft in Chankala verneint, die angeblich keine Spur der acht Männer vor der Entdeckung ihrer Leichen am 9. April finden konnte. Die neunte Leiche wurde später als ein Mann identifiziert, der aus Duba-Yurt stammte und aus seinem Haus in Grosny in der Nacht vom 1. auf den 2. April 2004 „verschwand“.

Die Tötung von Aslan Dawletukaew

Am 16. Januar 2004 wurde die verstümmelte Leiche des tschetschenischen Menschenrechtsaktivisten Aslan Dawletukaew (29) nahe der Stadt Gudermes in Tschetschenien gefunden. Verwandte, die mit amnesty international sprachen, sagten aus, dass sie seinen Körper kaum identifizieren konnten, da er seine Zähne vollständig verloren hatte und sein Gesicht von starken Prellungen übersät war. Aslan Dawletukaew hatte mit der Gesellschaft der Russisch-Tschetschenischen Freundschaft zusammen gearbeitet und soll von russischen föderalen Kräften am 9. Januar 2004 festgenommen worden sein. Strafrechtliche Ermittlungen sind bis heute ohne Ergebnis und bisher ist niemand verantwortlich gemacht, geschweige denn strafrechtlich belangt worden.

„Verschwindenlassen“

„Wenn mein Sohn ein Verbrechen begangen hat, dann bringt ihn vor Gericht, aber sagt mir, wo er ist.“

Während der letzten Mission im Nordkaukasus hat amnesty international viele Menschen getroffen, die Informationen über Fälle des „Verschwindenlassens“ zur Verfügung stellten. Fast jeder, der mit amnesty international sprach, hat auf diese Weise einen nahen Verwandten verloren und sah sich bei dem Versuch, Informationen von den Behörden einzuholen, einer Wand des Schweigens gegenüber. Immer wieder sagten Verwandte: „Wenn er/sie ein Verbrechen begangen hat, dann bringt sie/ihn vor Gericht, aber sagt mir, wo er/sie ist.“ Zahlen von „Verschwundenen“ in Tschetschenien sind schwierig zu überprüfen; die Informationen der Menschenrechtsorganisationen, die im Gebiet arbeiten, unterscheiden sich von den Aussagen, die durch die Behörden⁵ abgegeben werden, ebenso wie die Erklärungen darüber, was denen geschehen, deren Schicksal und Verbleib ihren Verwandten unbekannt sind.

Im Herbst 2002 stellte das Büro des Sonderbeauftragten des Präsidenten der russischen Föderation für die Sicherstellung der Menschenrechte und der Bürgerrechte und -freiheiten in der Republik Tschetschenien dem Europarat die folgenden Informationen zur Verfügung: Von 2.141 angeblich vermissten Menschen fand die Abteilung für Vermisste im Büro des Sonder-

⁴ Das Hauptquartier der russischen föderalen Streitkräfte im Nordkaukasus in Chankala, nahe Grosny, ist in zahlreichen zuverlässigen Berichten von Menschenrechtsinstitutionen als ein Ort genannt worden, in dem Menschenrechte systematisch verletzt werden.

⁵ Unter <http://www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1/index.htm> unterhält Memorial eine Liste von „Verschwundenen“, die ungefähr 25 – 30 % des Territoriums der tschetschenischen Republik abdeckt.

beauftragten 1.031 Leute wieder, während das Schicksal und der Verbleib der restlichen 1.110 Menschen unbekannt blieb.⁶ Das Büro des Sonderbeauftragten schlägt als Erklärung vor, dass „der signifikante Anteil der Bürger, deren Verbleib nicht geklärt ist, in eine dieser zwei Kategorien gehört: Flüchtlinge auf dem Gebiet anderer Staaten oder Einzelpersonen, die zu den tschetschenischen Kämpfer gestoßen sind.“ Als amnesty international Verwandte der „Verschwundenen“ traf, berichteten die meisten von Fällen, die die Beteiligung russischer oder tschetschenischer Kräfte nahelegen, sei es, weil die Männer in gepanzerten Personenfahrzeugen (APC) ankamen, die von den bewaffneten Kräften benutzt werden, oder weil sie russisch ohne tschetschenischen Akzent sprachen, oder weil sie eine der vielen Straßesperren in Tschetschenien und an der Grenze zu Inguschetien mit einer besonderen Erlaubnis passieren konnten, die nur Angehörigen der russischen Regierungstruppen ausgestellt wird.

Im März 2003 belastete der damalige Leiter der tschetschenischen Verwaltung Achmad Kadirow in einem Interview des russischen Radiosenders Echo Moskwi nach den sogenannten Todesschwadronen gefragt Mitglieder des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), der Polizei und des Ministeriums des Inneren. „Basaew (tschetschenischer Kämpfer) fährt in diesen Tagen nicht in einem APC herum.“⁷ Im März 2004 sagte Achmad Kadirow, der zu diesem Zeitpunkt schon tschetschenischer Präsident war⁸, dass ungefähr 3.000 Menschen in diesem zweiten bewaffneten Konflikt „verschwunden“ seien. Er verlangte ausführliche Untersuchungen in jedem einzelnen Fall von Entführungen oder Verschwindenlassens.⁹

Einige der „Verschwundenen“ können noch am Leben sein; andere können an geheimen Orten festgehalten werden. Einige können tot sein und in Gräbern liegen, die noch nicht entdeckt worden sind, während die Leichen von anderen in die Luft gesprengt worden sein könnten, um die Identifizierung zu erschweren. Verwandte von „Verschwundenen“ gehen überallhin, wo Massengräber oder einzelne Körper gefunden werden, hoffend und fürchtend, Reste von ihren Nächsten zu finden. Im April 2003 veröffentlichte die französische Zeitung *Le Monde* Informationen eines amtlichen Berichts der tschetschenischen Regierung für den russischen Präsidenten Putin, mit Fällen von bis zu 260 Leichen, die in 49 Massengräbern gefunden wurden.¹⁰

Das „Verschwinden“ von Artur Achmatchanow

Am 2. April 2003 wurde Artur Achmatchanow, ein 22-jähriger Student des Ölinstituts in Grosny, nahe seinem Haus von Männern festgenommen, die Angehörige der russischen föderalen Streitkräfte zu sein schienen. Augenzeugen berichteten später seiner Mutter, Belat Akchmatchanowa, dass zu der Zeit vier gepanzerte Personenfahrzeugen (APCs) mit 60 uniformierten Männern in Tarnkleidung nahe einem örtlichen Stadion parkten. Die Zeugen sagten

⁶ PACE Doc 9559, 22. September 2002, Conflict in the Chechen Republic, Appendix.

⁷ Das Interview wurde drei Tage nach der Annahme der tschetschenischen Verfassung am 23. März 2003 geführt; s. <http://www.echo.msk.ru/interview/interview/11723.html>.

⁸ Am 5. Oktober 2003 fanden Präsidentschaftswahlen in Tschetschenien statt.

⁹ *AP*, 19. März 2004.

¹⁰ *Le Monde*, 12. April 2003: „Massacre en Tchétchénie: un document officiel accable l’armée russe.“

der Mutter außerdem, dass Artur Achmatchanow von maskierten Soldaten festgenommen wurde und dass ein anderer, unbekannter Mann angeblich durch Schüsse der Soldaten verwundet wurde. Die Augenzeugen, einige Nachbarn der Familie Achmatchanow, sahen einen jungen Mann mit einem Beutel über seinem Kopf, der in ein APC gezwungen wurde. Die Zeugen wurden nicht in die Nähe des APCs gelassen, sondern wurden von den Soldaten auf Abstand gehalten.

Belat Achmatchanowa, die zu der Zeit zu Hause war, erfuhr erst später am selben Tag, dass ihr Sohn festgenommen worden war, als ihr Nachbarn eine Kappe überreichten, die auf der Straße gefunden worden war, die sie erkannte. Sie erklärte amnesty international, wenn sie gewusst hätte, dass es ihr Sohn war, der vor dem Haus festgenommen wurde, wäre sie herausgegangen und hätte „für ihn gekämpft“. Erst am nächsten Tag sollen Polizei und FSB zum Tatort gekommen sein und Patronenhülsen eingesammelt haben. Sie nahmen auch ein Stück Tuch mit, das mit Blut verschmiert war und möglicherweise dem zweiten Verhafteten gehörte. Diese Proben wurden angeblich analysiert, aber die Familie Artur Achmatchanows sind keinerlei Ergebnisse mitgeteilt worden.

Mehr als ein Jahr ist seit dem „Verschwinden“ von Artur Achmatchanow vergangen und seine Familie wartet immer noch auf Nachricht von seinem Schicksal und Verbleib. Die amtliche Reaktion des russischen Militärs ist typisch für die Antworten, die Personen mit vermissten Verwandten gegeben werden. In einem Brief an die tschetschenischen Behörden schrieb der militärische Bevollmächtigte N.S. Popenko am 11. März 2004, dass zu der Zeit der Verhaftung Achmatchanows „keine besonderen Operationen mit dem Ziel der Festnahme von Bürgern auf dem tschetschenischen Gebiet durchgeführt wurden, keine Bürger verhaftet wurden und niemand den Strafverfolgungsbehörden übergeben wurde“. Das heißt, die amtliche Position des russischen Militärs ist die, dass sie nichts mit dem „Verschwinden“ von Artur Achmatkhanov zu tun hatte.

Das „Verschwinden“ von Schapruði Israilow und Adlan Dowtaew

Am 30. Dezember 2002 fuhr der 31-jährige Adlan Dowtaew im Auto mit vier anderen Männern aus seinem Dorf Gekhi in der Region Urus-Martan, als ein APC versucht haben soll, sie nahe der Straßensperre bei Tschernoretsche zu stoppen und Feuer auf das Auto zu eröffnen. Als das Auto stoppte, sollen alle fünf Männer von den Männern in Uniform in ihren APC gezogen worden sein. Kurz danach soll ein weiteres Auto mit vier Insassen durch das gleiche APC gestoppt worden sein. Als die Uniformierten das Feuer auf das zweite Auto eröffneten, sollen sie den Polizisten Ramsan Jakiaew getötet haben, der in diesem Auto fuhr. Die Leiche von Ramsan Jakiaew wurde aus dem Auto gezogen und möglicherweise später in die Luft gesprengt, da nur die untere Hälfte seines Körpers gefunden wurde. Die acht übrigen Passagiere der zwei Autos wurden zum Hauptquartier der russischen föderalen Streitkräfte im Nordkaukasus in Chankala gebracht. Die zwei Autos wurden ebenfalls mitgenommen. Während der folgenden zwei Tage wurden sechs der Männer freigelassen, nachdem sie während ihrer Verhöre über angebliche Kontakte zu tschetschenischen Kämpfern gefoltert und miss-

handelt worden sein sollen. Adlan Dovtaev und Shaprudi Israilov, der aus dem Dorf Kulary kommt, wurden nicht freigelassen und sind seitdem „verschwunden“. Während strafrechtliche Ermittlungen wegen Verstoßes gegen Artikel 126 und 162 des russischen Gesetzes („Entführung“ und „Raub“) eingeleitet wurden, sagten die Verwandten von Adlan Dovtaev und Shaprudi Israilov amnesty international, dass ihnen widersprüchliche Informationen von unterschiedlichen offiziellen Stellen gegeben worden seien, welche Einheit der russischen- oder tschetschenischen Kräfte für das „Verschwinden“ ihrer Söhne verantwortlich waren und dass sie keine Informationen über den Verbleib und das Wohlergehen ihrer Söhne bekommen hätten.

Das „Verschwinden“ von Ali Chadaew

Laut Informationen, die amnesty international erhalten hat, kamen am 19. April 2002 gegen drei Uhr nachts 25 uniformierte und maskierte Männer zum Haus der Familie Chadaew in Urus-Martan. Sie erklärten der Familie, dass sie die Papiere von Ali Saindinowitsch Chadaew, bekannt als Timur, überprüfen müssten, und nahmen ihn mit. Einer der Männer, der tschetschenisch sprach, soll seiner Mutter Satsita erklärt haben, dass er zum Büro des Bezirksvorstehers mitgenommen würde und dass sie US \$ 2.500 dorthin bringen sollte, angeblich, um ihn damit frei zu bekommen. Die Familie brauchte ungefähr 11 Tage, um das Geld von Nachbarn und von Verwandten zu sammeln.

Im November 2002 besuchte jemand vom Büro des Bezirksvorstehers Ali Chadaew und seine Mutter und bat sie, eine Aussage zu unterzeichnen, dass sie keine Beschwerden gegen das Büro des Bezirksvorstehers vorzubringen hätten. Weitere Repressalien fürchtend, unterzeichneten beide die Aussage. Am 4. Januar 2003 um drei Uhr morgens hielten mehrere gepanzerte Fahrzeuge ungefähr 500 Meter vom Haus Chadaew entfernt und eine Gruppe Männer in Tarnkleidung und -masken kamen, um Ali Chadaew zu suchen. Sazita Chadaewa erklärte amnesty international, sie glaube, die Männer kannten die Identität von Ali Chadaew, obwohl sie vorgaben, dass sie seine Papiere überprüfen müssten. Dann nahmen sie ihn zum Büro des Bezirksvorstehers mit.

Sazita Chadaewa wartete bis zum 22. Januar 2003, bevor sie zum Bevollmächtigten in Urus-Martan ging, um über das „Verschwinden“ ihres Sohnes Bericht zu erstatten. Wie sie erwartet hatte, wurde sie noch einmal aufgefordert Geld zu bezahlen, und zwar von denen, die ihn mitgenommen hatten. Sie trat dann mit lokalen Menschenrechtsorganisationen in Verbindung. Zusammen mit ungefähr 50 anderen Müttern aus der Region Urus-Martan ging Sazita Chadaewa zu lokalen und tschetschenischen Verwaltungen, um Informationen über das „Verschwinden“ ihrer Söhne zu erhalten. Im März 2004 erklärte sie amnesty international, über ein Jahr später, dass sie immer noch keinerlei Informationen hinsichtlich des Schicksals und des Verbleibs ihres Sohnes Ali Chadaew habe.



Sazita Chadaewa hält ein Foto ihres Sohns Ali Chadaew in der Hand. © ai

Frauen als Zielscheibe im bewaffneten Konflikt

„Wir wissen, dass Du eine Selbstmordattentäterin werden willst“

Während des zweiten bewaffneten Konflikt in Tschetschenien waren hauptsächlich Männer und Jungen Ziel der sogenannten Filtration¹¹, oder „verschwanden“ während der Überfälle, die von Sicherheitskräften in ihren Dörfern oder Bezirken durchgeführt wurden.¹² Während Interviews im März 2004 haben mehrere Mütter Delegierten von amnesty international erklärt, dass sie ihre Söhne oder Ehemänner nicht bei den Protesten gegen das „Verschwinden“ von Familienmitgliedern mitmachen lassen würden, da sie Angst hätten, es würde weitere Vergeltung nach sich ziehen.

Jedoch sind nicht nur Männer die Zielscheibe. Während der ersten Phase des andauernden bewaffneten Konflikts hat amnesty international mehrere Fälle von tschetschenischen Frauen dokumentiert, die Opfer von Folter, einschließlich Vergewaltigungen und Misshandlungen wurden oder von „Verschwindenlassen“ durch Mitglieder der bewaffneten Streitkräfte.¹³ Eine bedeutende Anzahl Frauen gehörte zu den Geiselnehmern während der Geiselnahme in einem Theater in Moskau im Oktober 2002 und seitdem sind wahrscheinlich mehrere tschetschenische Frauen in Selbstmordanschläge gegen Ziele im Nordkaukasus sowie in Moskau verwickelt gewesen. Das scheint zur Folge zu haben, dass Frauen in der Republik Tschetschenien zunehmend zur Zielscheibe von russischen und tschetschenischen Sicherheitskräften werden.

¹¹ Während der ersten Phase des zweiten bewaffneten Konfliktes versuchten die Russischen Streitkräfte im Nord-Kaukasus, die Verbindungen jeden Tschetschenen mit der Regierung des Präsidenten Maschadow zu überprüfen. Männer und Jungen ab 14 Jahren wurden in sog. „Filtrationslagern“ befragt. Viele wurden gefoltert und misshandelt.

¹² S. bspw. Russian Federation: Chechnya. For the Motherland. AI Index: EUR 46/46/99.

¹³ Chechnya – only an international investigation will ensure justice for the victims, AI Index: EUR 46/23/00.

Das „Verschwinden“ von Elisa Gaitamirowa

Laut den Informationen der Menschenrechtsorganisation Memorial erhielt Elisa Gaitamirowa, eine Mutter von vier Kindern aus dem Dorf Gekhi im Bezirk Urus-Martan, am 1. Dezember 2003 eine Aufforderung, sie solle zur Bezirkspolizeistation (ROVD) kommen. Es wird berichtet, dass sie am folgenden Tag dorthin ging, am Abend aber nicht zu ihrer Familie zurückkam. Am 3. Dezember erklärte der Leiter der Abteilung für kriminelle Untersuchungen des ROVD ihrer Mutter, dass Elisa Gaitamirowa festgenommen worden war, aber er informierte sie nicht über die Gründe ihrer Haft. Laut Berichten wurde Elisa Gaitamirowa vom ROVD am 1. Januar 2004 freigelassen; sie war schon zuvor am 11. Oktober 2003 festgenommen worden und 24 Stunden lang in einer vorübergehenden Hafteinrichtung (IVS) in Urus-Martan festgehalten worden, ohne irgendwelche Gründe für ihre Haft genannt bekommen zu haben.

Am 15. Januar 2004 wurde Elisa Gaitamirowa nahe ihrem Haus von mehreren maskierten Männern in Tarnkleidung angehalten, die in nicht gekennzeichneten Autos fuhren. Die Männer, angeblich russische Soldaten, nahmen sie mit, und sie ist seitdem nicht mehr gesehen worden. Der Ehemann von Elisa Gaitamirowa war Berichten zufolge 2001 "verschwunden". Ihre Familie hat sich an den lokalen Bevollmächtigten gewendet, und die Menschenrechtsorganisation Memorial ist mehrmals im Namen der Familie Elisa Gaitamirowas beim tschetschenischen Bevollmächtigten vorstellig geworden. Ihre Mutter hat das ROVD mehrmals aufgesucht, ist aber nicht erfolgreich dabei gewesen, etwas über ihr Schicksal und ihren Verbleib heraus zu finden.

Das „Verschwinden“ von Milana Osdoewa

Verwandte von Milana Osdoewa, einer Witwe aus Kotar Yurt in der Region Achkhoy-Martan Tschetscheniens, erklärten der Menschenrechtsorganisation Memorial, dass Milana Osdoewa am 5. und 9. Januar 2004 von einem Mitglied der russischen Streitkräfte verhört wurde. Sein Name ist amnesty international bekannt. Sie wurde zu Behauptungen verhört, sie wolle eine Selbstmordattentäterin werden und habe Pläne, in ein Ausbildungslager für tschetschenische Kämpfer zu gehen. Sie verneinte alle Behauptungen und der Mann ging. Nach Angabe ihrer Nachbarn betraten am 19. Januar 2004 mehrere Männer ihr Haus in Kotar Yurt und zwangen sie, mit ihnen zu gehen. Milana Osdoewa hat zwei Kinder, eines von ihnen war zu dem Zeitpunkt nur zwei Monate alt und wurde gestillt. Die Männer ließen Milana Osdoewa das neugeborene Baby nicht mitnehmen. Sie ist seitdem nicht mehr gesehen worden. Ihr Ehemann soll angeblich ein Kämpfer gewesen sein, der nicht lange zuvor in einem Zusammentreffen mit russischen Streitkräften starb. Das Menschenrechtszentrum Memorial und die Gesellschaft für Russisch-Tschetschenische Freundschaft haben eine Beschwerde im Namen der Familie von Milana Osdoewa beim regionalen Bevollmächtigten eingereicht. Das Schicksal und der Verbleib von Milana Osdoewa bleibt jedoch unbekannt.

Das "Verschwinden" von Aminat Dugaewa und Kurbika Sinabdiewa

Ermittler von amnesty international sprachen mit den Müttern von Aminat Dugaewa und Kurbika Sinabdiewa, worauf sich der folgende Bericht über das „Verschwinden“ ihrer Töchtern bezieht. Am 16. Mai 2003 um ungefähr drei Uhr morgens wurden Aminat Dugaewa, 15, und ihre Verwandte, Kurbika Sinabdiewa, 34, aus dem Haus der letzteren in Ulus-Kert in der Gebirgsregion Schatoi von bewaffneten und maskierten Männern in dunkelblauen Uniformen mitgenommen, die mit militärischen Fahrzeugen in das Dorf gekommen waren.

Am Vorabend hatten das russische Militär Pässe im gesamten Dorf überprüft, auch die Dokumente von Aminat Dugaewa und von Kurbika Sinabdiewa. Die uniformierten Männer, die nachts kamen, betraten angeblich nur ein Haus. Hier fesselten sie Rumani Gechaewa, die Mutter von Kurbika Sinabdiewa, auf dem Hof und ließen sie zurück. Daher war sie nicht imstande zu sehen, was in ihrem Haus geschah. Rumani Gekhaeva erklärte amnesty international, dass sie erst später am Morgen gefunden wurde und dass sie erst dann das „Verschwinden“ ihrer Tochter und Aminat Dugaewa realisierte. Keines ihrer Kleidungsstücke fehlte, aber die Männer nahmen Dokumente, die über den Gesundheitszustand von Kurbika Sinabdiewa Auskunft gaben, mit. Sie hat einen Gehirntumor und leidet unter Epilepsie und benötigt daher dauerhaft Medikamente.



Aminat Dugaewa © Privat

Als die Verwandten von Aminat Dugaewa und Kurbika Sinabdiewa begannen, nach ihnen zu suchen, verkündete ein Sprecher des russischen Militärs im Nordkaukasus Berichten zufolge im lokalen Fernsehen, dass zwei Frauen aus Ulus-Kert wegen Terrorismusverdacht festgenommen worden seien. In einem späteren Polizeibericht¹⁴ heißt es, dass zwei Frauen aus Ulus-Kert beschuldigt werden, in die Geiselnahme von Moskau im Oktober 2002 verwickelt gewesen zu sein. Als sich die Mütter von Aminat Dugaewa und Kurbika Sinabdiewa an die regionale und lokale Staatsanwaltschaft wandten, um etwas über den Aufenthaltsort ihrer Töchter herauszufinden, wurden ihnen keine Informationen gegeben und der Bevollmächtigte

¹⁴ Diese Informationen sollen in Stschschit i mestschsch, Juni 2003, veröffentlicht worden sein.

des Bezirkes Schatoi leugnete sogar trotz der früheren öffentlichen und offiziellen Aussage von russischer Seite, dass die beiden festgenommen worden seien.

Aminat Dugaewa und ihre Familie hatte während des zweiten Konflikts im Bezirk Naurskii in Nord-Tschetschnien gelebt. Sie besuchte ihre Verwandten in Ulus-Kert für drei Tage und sollte zu ihrer Familie an dem Tag zurückkehren, an dem sie „verschwand“. Ihre Mutter, Slichat Dugaewa, eine Witwe, deren drei andere Kinder im Ausland leben, und Rumani Gechaewa verbringen jetzt viel Zeit damit, ihre Töchter zu suchen. Sie haben beide Beschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, weil sie der Meinung sind, dass die Arbeit der Behörden zum „Verschwinden“ ihrer Töchtern unzulänglich ist und ihrer Sorge über das Schicksal ihrer Töchter mit Untätigkeit und sogar Feindseligkeit begegnet wurde.



Foto: Rumani Gechaewa und Slichat Dugaewa, deren Töchter Kurbika Sinabdiewa und Aminat Dugaewa angeblich von Mitgliedern russischer bewaffneter Kräfte im Mai 2003 festgenommen wurden. © ai

Die Ermordung von Cheda Kungajewa

Im März 2000 nahmen russische Kräfte die 18-jährige Cheda Kungajewa in ihrem Haus fest. Sie wurde anschließend vergewaltigt und getötet. Oberst Juri Budanow, der zuerst behauptete, er habe sie für eine Heckenschützin gehalten, ist einer der sehr wenigen Soldaten, die für ihre schweren Verbrechen gegen die tschetschenische Bevölkerung strafrechtlich verfolgt und verhaftet wurden. Er wurde im Juli 2003 für die Ermordung von Cheda Kungajewa zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Trotz der forensische Untersuchungen, die eine Vergewaltigung Cheda Kungajewas beweisen, wurde jedoch bisher niemand für die Vergewaltigung zur Rechenschaft gezogen.¹⁵

¹⁵ Für weitere Informationen s. *Denial of Justice*, AI Index: EUR 46/027/2002.

Folter und Misshandlung

Die Ermordung von Timur Chambulatow

amnesty international hat ein Video erhalten, das den Körper von Timur Chambulatow einen Tag nach seinem Tod im Polizeigewahrsam zeigt. In einem Interview mit der Menschenrechtsorganisation Memorial berichtete seine Mutter, Aminat Chambulatowa, folgendes über die Umstände, die zu seinem Tod führten: Ungefähr um zwei Uhr morgens am 18. März 2004 kamen ca. 40 maskierte Männer in Tarnkleidung und in Militärfahrzeugen in das Dorf Sawelewskaja im Bezirk Naurskii in Nord-Tschetschenien. Sie verschafften sich gewaltsam Zutritt in das Haus der Familie Chambulatow und nahmen den 24-jährigen Timur Chambulatow wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer illegalen bewaffneten Gruppe fest. Während die maskierten Männer Timur Chambulatow mitnahmen, drohten sie angeblich seiner Mutter mit dem Tode, sollte sie eine Szene machen.

Später am selben Morgen fand der Bezirksstaatsanwalt Timur Chambulatow in einer Polizeizelle tot auf. Er hatte Berichten zufolge ein Gespräch zwischen zwei Polizisten mitgehört, die über den Tod eines jungen Mannes sprachen und wollte daher der Angelegenheit nachgehen. Timur Chambulatow soll der Polizei von Mitarbeitern des Geheimdienstes (FSB) übergeben worden sein, die im gleichen Gebäude arbeiteten, als er bereits fast tot war.

Am nächsten Tag erfuhr Aminat Chambulatowa, dass ihr Sohn gestorben war. Sie ging zur Polizeistation und sprach mit dem Staatsanwalt, der ihn gefunden hatte. Er behauptete, dass Timur Chambulatow von einem Stuhl gefallen sei. Er soll aber auch bestätigt haben, dass der FSB mit seiner Verhaftung zu tun hatte. Die Leiche wurde zu einer Militärstation in Mozdok in Nord-Ossetien zu einer forensischen Untersuchung gebracht. Aminat Chambulatow sprach in Mozdok mit dem Pathologen, der ihr erklärte, dass es eine Menge Quetschungen am Körper gebe, dass diese aber mutmaßlich seinen Tod nicht ausreichend erklärten. Sie nahm die Leiche ihres Sohnes mit und Timur Chambulatow wurde am folgenden Tag begraben.

Ungefähr eine Woche nach dem Tod Timurs Chambulatows organisierten die Einwohner von Sawelewskaja eine Demonstration, während derer sie die Landstraße nahe ihres Dorfes blockierten und eine Antwort von den Behörden zu dem Vorfall verlangten. Einige führende örtliche Beamte kamen zur Demonstration, und angeblich bestätigte der Leiter des lokalen FSB, dass zehn der Männer, die an der Operation teilgenommen hatten, seiner Einheit angehörten. Er erklärte auch Aminat Chambulatowa, dass sie ihren Sohn nicht angerührt hätten und dass er seinen Tod nicht gewollt habe. „Irgend jemand hat Ihren Sohn denunziert. Wir haben einen Fehler gemacht, ich entschuldige mich für dieses Missverständnis“, soll er angeblich gesagt haben.

Folterung und Misshandlung in geheimer Haft

amnesty international hat glaubwürdige und wiederholte Berichte über geheime, nicht offizielle Haftorte erhalten, die auch als „Filtrations-Lager“ bezeichnet werden und in denen Tschetschenen, die während der Razzien festgenommen werden, inhaftiert und häufig gefoltert werden. Ein solcher Ort befindet sich in Grosny, bekannt als Orb-2. Er wird betrieben vom Ermittlungsbüro des russischen Innenministeriums, das sich hauptsächlich mit organisiertem Verbrechen beschäftigt, und ist eines der bekanntesten mutmaßlichen „Folterzentren“ in der Republik Tschetschenien. Obwohl diese Einrichtung nicht offiziell ist, wurde sie 2002 und im Mai 2003 vom Europäischen Ausschuss für Verhinderung von Folter (CPT) besucht. Über die Einrichtung heißt es, dass sie „für die häufige und schwere Misshandlung bekannt ist.“¹⁶

Als das CPT am 17. Juli 2003 diese beispiellose zweite öffentliche Stellungnahme hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien machte¹⁷, richtete es seine besondere Aufmerksamkeit auf die Bedingungen in dieser Einrichtung und drückte seine schwere Sorge um das Schicksal der Personen aus, die im Orb-2 in Gewahrsam genommen wurden. Das CPT merkte an, dass „die Insassen extrem zurückhaltend mit der Delegation sprachen und sehr verängstigt schienen“ und dass „es jeden Grund gab, zu glauben, dass sie ausdrücklich gewarnt worden waren, nichts auszusagen“. Das CPT empfiehlt den Behörden, eine vollständige und unabhängige Untersuchung der Methoden bei der Vernehmung Gefangener in Orb-2 einzuleiten und wiederholte sein Gesuch an die russischen Behörden, „den Misshandlungen in dieser Einrichtung Einhalt zu gebieten.“

amnesty international hat Berichte erhalten, dass Achmed Gisaew später im Jahr 2003 für einige Tage in Orb-2 inhaftiert wurde, bevor er in das Hauptquartier der russischen Kräfte in Chankala gebracht wurde. Von dieser Aussage sowie von anderen Berichten ausgehend scheint es, dass die Empfehlungen des CPT ignoriert wurden und dass die Behandlung der Inhaftierten in Orb-2 so schlimm wie vorher auch waren.

Der Fall von Achmed Gisaew

Achmed Gisaew hat amnesty international und der Menschenrechtsorganisation Memorial folgendes über seine Folterung berichtet: Er wurde am 23. Oktober 2003 festgenommen und in das Orb-2 mitgenommen. Obgleich seine Augen mit einem Hemd verbunden waren, konnte er sehen, dass er in einen kleinen Raum im dritten Stock eines Gebäudes geführt wurde, in dem er für ungefähr drei Tage festgehalten wurde. Das Fenster in diesem Raum war mit Papier abgedeckt, damit er nicht nach draußen schauen konnte. Als er allein gelassen wurde, konnte er die Augenbinde entfernen und sah, dass es Flecken auf den Wänden gab, von denen er glaubte, dass sie Blut seien. Er erklärte Memorial, dass er über seine Verbindungen zu

¹⁶ CPT/Inf (2003) 33, 10 July 2003: Public Statement concerning the Chechen Republic of the Russian Federation.

¹⁷ Die erste Stellungnahme wurde im Juli 2001 veröffentlicht, s. CPT/Inf (2001) 15, 10 July 2001: Public statement concerning the Chechen Republic of the Russian Federation.

tschetschenischen Kämpfern befragt worden sei und warum er für die Polizei unter dem tschetschenischen Präsidenten Maschadow gearbeitet habe. Er gab an, dass er während des Verhörs mit Schlagstöcken und Fäusten geschlagen, mit Zigaretten verbrannt und mit Elektroschocks an seiner rechten Hand und Fuß gefoltert wurde.

Bevor die Täter den Raum verließen, wurde er an einem Wasserrohr festgebunden. Achmed Gisaew berichtete Memorial, dass einige Zeit später am gleichen Tag fünf oder sechs Männer in den Raum kamen, ihn mit einer Plastiktüte die Augen verbanden und mit Klebeband seinen Mund verschlossen. Er wurde mitten in den Raum gesetzt, während die Männer ihn von allen Seiten schlugen und ihn beschimpften. Achmed Gisaew berichtete, dass ein Mann auf seinem Rücken stand, während die anderen ein Kabel an seinen Füßen und seinen Handschellen befestigten. Ihm wurde gesagt, dass er überleben könne, wenn er sich zur Mitgliedschaft einer Gruppe tschetschenischer Kämpfer bekenne, andernfalls würde er sterben. Nach ungefähr drei Tagen wurde er in eine andere Einrichtung gebracht, von der er glaubte, dass es das Hauptquartier der russischen föderalen Streitkräfte in Chankala gewesen ist. Dort wurde er in einem Keller festgehalten und wiederholt geschlagen und mit Elektroschocks gefoltert, bekam keine Nahrung und Schlaf, wurde beschimpft und gezwungen, Alkohol zu trinken, was gegen seinen moslemischen Glauben verstößt. Der Raum in Chankala war feucht und voll mit Ratten. Hier bemerkte er wieder Flecken auf den Wänden, von denen er annahm, sie seien Blut. Nach elf Tagen im Keller wurde er in eine andere Zelle gebracht, in der ihm Nahrung und Wasser gegeben wurde. Er wurde freigelassen, nachdem seine Familie Lösegeld zahlte. Achmed Gisaew berichtete, dass sich sein Gesundheitszustand während der 20 Tage der Verhaftung in Orb-2 und in Chankala ernsthaft verschlechtert habe. Einige Tage nach seiner Freilassung habe er nicht selbständig gehen können. Er habe unter schweren Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit und Schmerzen in seiner Brust während des Atmens gelitten.

amnesty international ist besorgt über Berichte über eine wachsende Anzahl geheimer Haftzentren, betrieben von Mitgliedern bewaffneter Milizen unter Leitung von Ramsan Kadirow, dem Sohn des letzten tschetschenischen Präsidenten Achmad Kadirow, der im Mai 2004 zum Stellvertretenden Premierminister ernannt wurde.

Repressalien gegen Kläger beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Es gibt eine Vielzahl von Rechtsinstrumenten, um Mitglieder des Militärs in der Russischen Föderation für Menschenrechtsverletzungen zu strafrechtlich zu belangen. Jedoch bleiben strafrechtliche Ermittlungen bei solchen Verletzungen extrem unzulänglich, werden häufig ohne ein Ergebnis abgeschlossen und es kommt selten überhaupt zu einem Gerichtsverfahren. Infolgedessen hat eine zunehmende Zahl Tschetschenen, nachdem sie festgestellt hatten, dass die Möglichkeiten der Ahndung im Rahmen des russischen Justizsystems hauptsächlich auf dem Papier bestehen, entschieden, ihre Fälle vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bringen.

Damit haben sie ihrem Leben unfreiwillig eine weitere Gefahrenquelle hinzugefügt. Eine Anzahl von Klägern beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte waren Repressalien ausgeliefert. Solche Repressalien reichten von Belästigungen bis Drohungen und in einigen Fällen¹⁸ wurden die Kläger oder nahe Verwandte getötet. Es scheint, dass tschetschenische Opfer von Menschenrechtsverletzungen nicht nur einen sehr begrenzten Zugang zur Justiz in der russischen Föderation haben, sondern dass darüber hinaus ihr Leben gefährdet ist, wenn sie versuchen, Gerechtigkeit auf internationaler Ebene zu finden.

Die extralegale Hinrichtung von Ansor Pokajew

Scharfudin Sambiew, der Vater von Ansor Pokajew, und neun andere Bewohner aus Starye Atagi legten im Juli 2003 Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein, nachdem elf Personen während einer Militärrazzia im April 2002 aus ihrem Dorf „verschwunden“ waren. Einer der „Verschwundenen“ ist der jüngere Bruder Ansors, Amir Pokajew.

Nach Informationen der Menschenrechtsorganisation *Tschetschenische Gerechtigkeitsinitiative* war der 24-jährige Ansor Pokajew am 10. April 2004 zu Hause mit seiner Mutter, Rukiyat Pokajewa. Um ungefähr neun Uhr abends beobachteten sie, wie ca. 50 Mitglieder russischer Truppen den Hof ihres Hauses betraten und Rukiyat Pokajewa riet ihrem Sohn, in den Garten zu gehen und sich zu verstecken. Rukiyat Pokajewa ging zu den Männern, um sie zu fragen, was sie wünschten. Sie berichtete, dass sie beschimpft und auf die Straße gedrängt worden sei. Sie sah dann noch mehr Soldaten auf der Straße, die mit mehreren militärischen Fahrzeugen die Sicht auf ihr Haus blockierten. Rukiyat Pokajewa berichtete, kurz nachdem sie heraus auf die Straße gedrängt wurde, Schüsse vom Hof gehört zu haben.

Nachbarn, die zu Zeit des Geschehens durch den Zaun in ihren Hof geschaut hatten, erklärten ihr später, dass die Soldaten auf jemanden im Hof geschossen hatten und ihn dann mitnahmen. Nachdem die Soldaten den Ort verlassen hatten, ging Rukiyat Pokajewa nach Hause zurück. Sie stellte fest, dass ihr Haus durchsucht worden war und viele Unterlagen ihres Ehemanns fehlten. Von ihrem Sohn keine Spur.

Am folgenden Morgen fanden Dorfbewohner die Leiche von Ansor Pokajew am Straßenrand nahe des Dorfes Prigorodnye, ungefähr 10 Kilometer von Starye Atagi entfernt. Sein Körper zeigte mehrere Schusswunden auf. Nach Aussage von Ansor Pokajews Vater, Scharfudin Sambiew, seien während des letzten Jahres mehrmals russische Truppen in ihr Haus gekommen, um nach Ansor Pokajew zu suchen. Die Soldaten fragten Rukiyat Pokajewa nach Fotografien von Ansor Pokajew, aber sie sagte, sie habe keine. Berichten zufolge durchsuchten die Soldaten dann das Haus und erklärten ihr, dass Ansor Pokajew und sein Vater festgenommen würden.

¹⁸ S. *Concerns in Europe and Central Asia*. AI Index: EUR 01/016/2003.

In einem anderen Fall von „Verschwindenlassen“ berichteten Kläger vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, die es vorziehen, anonym zu bleiben, dass bewaffnete Männer zu ihrem Haus kamen und fragten, wer ihnen das Geld gegeben hätte, um vor Gericht gehen zu können. Die bewaffneten Männer glaubten nicht, dass die Familie kein Geld, sondern freien Rechtsbeistand von einer nichtstaatlichen Organisation erhalten hatte und beschuldigten sie, Verbindungen mit tschetschenischen Kämpfern zu unterhalten.

Binnenflüchtlinge unter Druck in Inguschetien

„Wenn Ihr nicht in 15 Minuten verschwunden seid, steht Euer Zelt in Flammen“

amnesty international hat während der ersten Monate des Jahres 2004 glaubwürdige Berichte erhalten, laut derer die russische Regierung fortfuhr, tausende Binnenflüchtlinge (IDPs), die in den Zeltlagern in Inguschetien lebten zu zwingen, nach Tschetschenien zurückzukehren, und ihre gut begründete Furcht vor der dortigen Sicherheitssituation ignorierten. Die Regierung hat in den meisten Fällen Versprechungen nicht einhalten können, IDPs, die in Inguschetien bleiben wollten, alternative Unterkünfte zur Verfügung zu stellen.¹⁹ Die Bedingungen in den von der Regierung eingerichteten Notunterkünften in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny, in denen viele der Rückkehrer jetzt leben, entsprechen nicht den Zusagen, die von den Verantwortlichen gemacht wurden.²⁰

Am 1. April 2004 schloss die Regierung das Flüchtlingslager „Sputnik“ – das vierte große Lager, das innerhalb von sechs Monaten in Inguschetien geschlossen wurde. Flüchtlinge aus dem Lager erklärten amnesty international, dass russische und tschetschenische Beamte eine Kombination aus Drohungen und Anreizen angewandt hatten, um sie zu bewegen nach Tschetschenien zurückzukehren. Sie sagten, Beamte hätten ihnen bei ihrer Rückkehr einen Ausgleich für ihr verlorenes Gut versprochen und hätten ihnen andernfalls mit dem Verlust ihres Anspruchs auf humanitäre Hilfe gedroht. Sie sagten auch, dass Vollzugsbeamte gedroht hätten, ihnen Patronen oder Drogen unterzuschieben, wenn sie nicht zurück nach Tschetschenien gingen. Ein Mitarbeiter des Innenministeriums von Inguschetien soll einem Flüchtling erklärt haben, dass sein Zelt angezündet würde, wenn er das Lager nicht verlasse. Als Mitarbeiter von amnesty international Flüchtlinge in Satsita interviewten, fanden sie heraus, dass ähnliche Taktiken im letzten, verbleibenden Zeltlager in Inguschetien angewandt wurden, das Ende Mai 2004 geschlossen werden sollte.

¹⁹ Die inguschetische Regierung hat Berichten zufolge eine Zeitlang Binnenflüchtlingen verboten, sich statt in den Zeltlagern in von *Médecins sans frontières* bebauten Häusern niederzulassen und sagten einigen Flüchtlingen, die am 1. April das Zeltlager Sputnik verlassen mussten, fertige Häuser erst für den 8. April zu, ohne eine Zwischenunterkunft sicherzustellen.

²⁰ Nach Angaben von *Memorial* müssen sich derzeit in dem vorübergehenden Aufnahmelager Okrushna vier Familien Häuser teilen, die ursprünglich für eine Familie vorgesehen waren. Entschädigung für verlorenes Hab und Gut wird erst nach langen Verzögerungen ausgezahlt.



Zelt im IDP-Lager Sputnik am Tag, als es geschlossen wurde (1. April 2004) © ai

Lorchen Gunter, die russland-deutscher Herkunft ist, mit einem Tschetschenen verheiratet war und viele Jahre in Grosny gelebt hat, hat mehr als viereinhalb Jahre in Inguschetien als Flüchtling verbracht. Sie kam in das Zeltlager in Satsita im September 2003 aus dem Lager Bella, das am 1. Oktober 2003 geschlossen worden war. Sie gehört zu den tausenden Binnenflüchtlings, die nicht nach Tschetschenien zurückgehen möchten. Lorchen Gunter erklärte Mitarbeitern von amnesty international, dass die IDPs in Satsita und vorher in Bella starkem Druck von den verschiedenen Behörden ausgesetzt waren, Inguschetien zu verlassen. Sie glaubte, dass ihr Zelt und sie selbst von den Behörden beobachtet würden, da sie als eine Sprecherin für die im Lager angesehen werde, die nicht nach Tschetschenien zurückkehren wollten.



Lorchen Gunter © ai

Wegen der Schließung der Lager fürchten viele IDPs jetzt, dass die Behörden nun auch jene IDPs unter Druck zu setzen, die in Inguschetien in vorläufigen Siedlungen²¹ leben, damit sie nach Tschetschenien zurückkehren. Am 18. Mai 2004 berichtete die Gesellschaft für Russisch-Tschetschenische Freundschaft, dass zwei IDPs aus der Siedlung Yandare genötigt wurden, ein Dokument zu unterzeichnen, das besagt, dass zwei Sprengstoffeinrichtungen in der Gegend ihres Lagers gefunden wurden. Denjenigen IDPs, die es ablehnten, das Dokument zu unterzeichnen, wurde angeblich die Verlängerung ihrer Registrierung abgelehnt.

Mitarbeiter von amnesty international besuchten eine der notdürftigen Siedlungen, eine ehemalige Molkereifabrik, in der IDPs unter Bedingungen lebten, die noch weit unter den bescheidenen Verhältnissen lagen, die in den Zeltlagern herrschten. Elektrizität und Wasserversorgung kann für Tage abgeschaltet werden, wenn die Rechnungen nicht bezahlt werden, und es gibt wenig Platz in den dunklen, nicht belüfteten Räumen, in denen sich große Familien einige Quadratmeter teilen. Und dennoch scheinen die IDPs kaum zu zweifeln, was vorzuziehen ist: Zu bleiben, wo sie sind oder nach Tschetschenien zurückzukehren. Ein Vater von fünf Kindern aus dem Bezirk Vedeno erklärte Mitarbeitern von amnesty international: „Wir bleiben hier. So lange sie nicht für unsere Sicherheit garantieren können, werden wir nicht [nach Tschetschenien] zurückgehen. Wenn kein Krieg herrscht, warum ziehen sie nicht die Truppen ab? Jeder möchte nach Hause gehen, aber es ist zu gefährlich.“

Eine andere Person erklärte Mitarbeitern von amnesty international, er sei Anfang 2000 im sogenannten Filtrationslager Chernokozovo für 57 Tage festgehalten worden, wo er gefoltert worden sei. Er hat neun Kinder und als er aus Chernokozovo freigelassen wurde, sagten ihm die Wächter des Lagers, er solle über das Geschehene Stillschweigen bewahren, andernfalls würden seine Kinder leiden. Im April 2004 lebte er in Satsita ohne Anmeldung als IDP²² und teilte ein Zelt mit einer befreundeten Familie, um nichts mit den Behörden zu tun haben zu müssen. Er sagte, solange der bewaffnete Konflikt anhalte und es keine Gerechtigkeit in Tschetschenien gebe, könne er dort nicht leben.

²¹ Während einige Flüchtlinge Unterschlupf in Zeltlagern humanitärer Organisationen gefunden haben, leben andere in aufgegebenen Fabriken und Bauernhöfen.

²² Diese Anmeldung ist für den Bezug humanitärer Unterstützung notwendig.



IDP-Lager Satsita © ai

Die sich verschlechternde Situation der Menschenrechte in Inguschetien

Die Menschenrechtsverletzungen, die lange für den Tschetschenien-Konflikt kennzeichnend waren, greifen nach Inguschetien über. Während des Jahres 2003 gab es Berichte über eine zunehmende Anzahl von Überfällen jenseits der Grenze, wo tschetschenische Siedlungen und auch inguschetische Dörfer durch russische und tschetschenische Sicherheitskräfte angegriffen wurden. Während der ersten Monate des Jahres 2004 hat sich die Lage der Menschenrechte in Inguschetien sogar weiter verschlechtert - Dutzende Menschen sind Berichten zufolge „verschwunden“²³ und Menschenrechtsorganisationen haben eine Anzahl von Hinrichtungen und Übergriffen gegen Zivilisten dokumentiert, die Todesfälle und schwere Verletzungen zur Folge hatten. Anfang Mai 2004 sagte der inguschetische Präsident Murat Ziazikov in einem Interview mit der russischen Zeitung *Nowaja Gaset*a, die Ermittlungen in den Fällen der „Verschwundenen“ in Inguschetien hätten nicht zur Identifizierung der Täter geführt, es gebe glaubwürdige Berichte, dass Mitglieder bewaffneter Kräfte aus Tschetschenien und anderen Republiken, wie den Gebieten Stawropol und Nord-Ossetien, an Menschenrechtsverletzungen in Inguschetien beteiligt waren. Örtliche Kräfte hätten wenig Möglichkeiten, hier einzuschreiten.²⁴

²³ amnesty international hat eine Liste mit 56 Personen erhalten, die Berichten zufolge zwischen September 2003 und März 2004 „verschwunden“ sind.

²⁴ <http://2004.novayagazeta.ru/nomer/2004/31n/n31n-s10.shtml>.

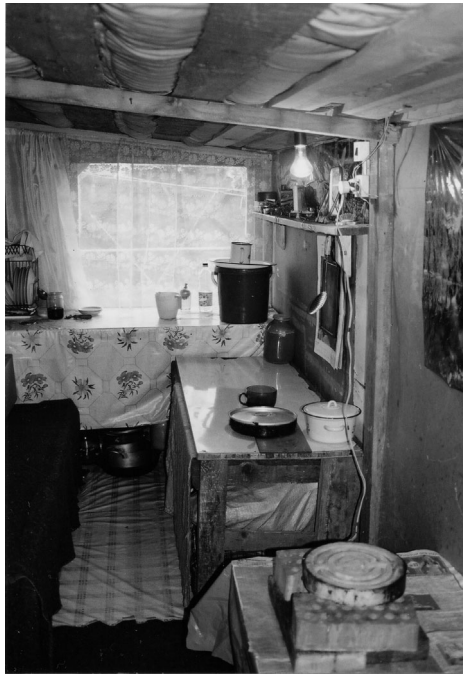


Foto: In einem Zelt in Inguschetien.

Hubschrauberattacke in der Siedlung Slepzowskaja

Am 25. März 2004 gegen 20.30 Uhr eröffnete ein russischer Militärhubschrauber das Feuer auf ein Auto mit Insassen, das am Ufer des Flusses nicht weit von der inguschetischen Siedlung Slepzowskaja parkte. Vermutlich wurde die Attacke auf unbewaffnete Zivilisten vorsätzlich verübt. Laut Aussagen von Verwandten einiger Autoinsassen wurde auf die Männer, die aus dem Auto fliehen wollten, vier- bis sechsmal aus dem Hubschrauber mit einer Rakete geschossen.

Der 20-jährige Musa Chankojew war auf der Stelle tot. Zwei weitere jugendliche Autoinsassen wurde schwer verwundet und in ein örtliches Krankenhaus eingeliefert. Ein 16-jähriger Junge erlag eine Woche später seinen Verletzungen. Der Zustand der dritten Person ist bedenklich. Über den Zustand des vierten Insassen ist nichts bekannt.

Die Staatsanwaltschaft Inguschetiens hat ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eröffnet. Der Fall hat in der Republik große Aufmerksamkeit erregt. Zwar haben Militärhubschrauber schon des öfteren Zivilisten in Tschetschenien erschossen, bisher waren derartige Vorfälle in Inguschetien aber nicht bekannt geworden.

„Verschwinden“ von Raschid Osdoew

Der stellvertretende Staatsanwalt der Republik Inguschetien, Raschid Borisowitsch Osdoew, soll am 11. März 2004 (vermutlich von FSB-Angehörigen in Inguschetien) festgenommen worden sein. Sein Vater (ein ehemaliger Richter), der mit Mitarbeitern von amnesty interna-

tional Anfang April 2004 gesprochen hat, hat keine offizielle Bestätigung oder Erklärung zum „Verschwinden“ seines Sohnes bekommen.

Zu Osdoews Aufgaben gehörte u.a. auch die Kontrolle der Tätigkeit der inguschetischen Abteilung des FSB. Im Zusammenhang mit dieser Aufgaben soll Osdoew sich bei inguschetischen und föderalen Ämtern über illegale Aktivitäten beschwert haben, u.a. über das „Verschwindenlassen“ von Personen und über Tötungen, an denen vermutlich auch FSB-Angehörige beteiligt waren.

Berichten zufolge hat er sicher erstmals Ende 2003 schriftlich an die Generalstaatsanwaltschaft und den FSB gewandt. Beim zweiten Mal hat er während eines Aufenthaltes in Moskau Ende Februar oder Anfang März 2004 sowohl dem FSB als auch einem Duma-Abgeordneten in Moskau Berichte übergeben. Osdoew ist am 7. oder 8. März nach Inguschetien zurückgekehrt. Am 11. März 2004 ist er zusammen mit Kollegen nach Nalchik gefahren, in die Nachbarrepublik Kabardino-Balkarien. Am Abend ist die Delegation nach Magas, der Hauptstadt Inguschetiens, zurückgekehrt, wo Osdoew sich von seinen Kollegen verabschiedet hat und zu seiner Wohnung in Malgobek mit seinem dunkel-grünen PKW „Zsiguli“ VAZ -21099 zurückgefahren ist.



Raschid Osdoew, stellvertretender Staatsanwalt in der Republik Inguschetien.

©Privates Bild

Nach Zeugenaussagen wurde er am gleichen Abend nicht weit von der Tankstelle in Verchnie Achaluki von drei Autos gestoppt. Eines der drei Autos, ein weißer „Niva“, der vermutlich dem FSB gehörte, rammte Osdoews Auto. Wie Zeugen berichteten, hat man das Auto von Osdoew später auf einem Parkplatz des FSB in Magas gesehen. amnesty international ist darüber informiert worden, dass Osdoew vermutlich nach Wladikawkaz (Nord-Ossetien) gebracht wurde und von da aus zum Hauptquartier der Föderalen Streitkräfte im Nordkaukasus, Chankala. Osdoews Vater sagte in einem Interview mit der Zeitung „Nowaja Gazeta“ im Mai

2004, dass sein Sohn vermutlich jetzt in Moskau sei, wo er unter anderen Namen festgehalten werde.

Offenbar hat Osdoew Todesdrohungen wegen seiner Berichte über die illegale Tätigkeiten der FSB-Angehörigen nicht beachtet. Osdoew erklärte seinem Vater und seinen Verwandten gegenüber, dass es seine Pflicht sei, über solche Verstöße zu berichten.

Am 15. März 2004 wurden strafrechtliche Ermittlungen wegen Verstoßes gegen Paragraph 126 des russischen Strafgesetzbuches (Entführung von Personen) eingeleitet. Am 27. Mai 2004 veröffentlichte die Zeitung „Nowaja Gazeta“ einen Brief an den Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation, der angeblich von einem FSB-Angehörigen aus Stavropolskij Region geschrieben war. In diesem Brief gibt eine Person, die sich Igor' Onischenko nennt, seine Beteiligung an der Entführung und Misshandlung eines Staatsanwaltes zu, den die Zeitung „Nowaja Gazeta“ als Raschid Osdoew identifiziert hat. Der Autor der Erklärung schreibt: „Ich persönlich und Sergej haben mehr als 50 Menschen verstümmelt und ungefähr 35 Menschen wurden von uns begraben.“²⁵ In dieser Erklärung gibt es keine Information zum gegenwärtigen Schicksal und Aufenthaltsort von Raschid Osdoew.



Boris Osdoew mit dem Bild seines Sohnes Raschid Osdoew, der seit dem 11. März 2004 vermisst wird. © ai

²⁵ Der Brief ist veröffentlicht unter <http://2004.novayagazeta.ru/nomer/2004/37n/n37n-s00.shtml>

„Verschwinden“ von Baschir Mutsolgow

Baschir Mutsolgow wurde das letzte Mal am 18. Dezember 2003 in Karabulak gesehen, wo er von mehreren Männern in Tarnanzügen in ein Auto gezwungen wurde. Danach haben Verwandte über Kontakte zum FSB gehört, dass er in das Hauptquartier des inguschetischen FSB in Magas gebracht worden ist, wo er bis zum nächsten Tag festgehalten worden sein soll. Von da aus könnte er zur russischen Militärbasis in Chankala, Tschetschenien, gebracht worden sein. Sein Schicksal und sein Aufenthaltsort sind unbekannt.

Augenzeugen berichteten den Verwandten von Mutsolgow folgendes: Der Physik- und Mathematiklehrer Baschir Mutsolgov war auf dem Nachhauseweg, als er einen seiner Schüler traf und sich mit ihm unterhalten wollte. Es wird weiter berichtet, dass mehrere Personen aus einem Auto ausgestiegen sind, die den Schüler mit dem Gewehr geschlagen und Mutsolgow selbst ins Auto gezerzt haben und dann abgefahren sind. Einer der Augenzeugen bat Straßenpolizisten, das Auto und ein weiteres Auto, das auch an dem Vorfall beteiligt war, zu stoppen. Beide Autos waren mit speziellen Passierscheinen ausgestattet, und die Polizisten haben nichts unternommen, um sie zu stoppen.

Der Vater von Mutsolgow, Adam Mutsolgow, mit dem sich Mitarbeiter von amnesty international bei einem Besuch in Inguschetien unterhalten haben, sowie dessen fünf Kinder haben unzählige Briefe an russische und inguschetische Behörden gerichtet sowie an den Präsidenten Inguschetiens und an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, haben aber keine Antwort bekommen. Der Familie ist nicht bekannt, warum Mutsolgow festgenommen worden ist. Es wird vermutet, dass er vielleicht durch sein Interesse für Arabistik die Aufmerksamkeit des FSB auf sich gezogen habe, und dass der FSB vermutlich die Informationen über alle, die sich für den Islam interessierten, sammelte. Baschir Mutsolgow ist verheiratet und hat eine kleine Tochter.

Straflosigkeit

amnesty international ist bestürzt darüber, dass tschetschenische und russische Behörden sich weiterhin unfähig zeigen, gründliche, unabhängige und unparteiische Untersuchungen aller Menschenrechtsverletzungen durchzuführen und die mutmaßlichen Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Die Anklagen und Verurteilungen, die gegen einige wenige Angehörige der Militär- und Sicherheitskräfte wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung in Tschetschenien ergangen sind, scheinen nicht der Schwere dieser Verbrechen zu entsprechen und geben nicht das reale Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in der Republik wieder. Der Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen stabilisieren ein Klima der Straflosigkeit, das dringend beseitigt werden muss, um den Rechtsstaat wiederherzustellen.

Nach Aussage des Europarats sind im Büro des Sonderbeauftragten des Präsidenten der russischen Föderation für die Sicherstellung der Menschenrechte und der Bürgerrechte und -freiheiten in der Republik Tschetschenien im Zeitraum von 2000 bis April 2003 9952 Beschwerden wegen der Verletzung von Rechten und Menschenrechtsverletzungen eingegangen.²⁶ Strafverfahren werden aber in diesen Fällen selten eingeleitet. Im letzten Bericht des Generalsekretärs des Europarates zur Situation in Tschetschenien über den Zeitraum von 1999 bis Mitte 2003 heißt es, dass die Militärstaatsanwaltschaft der Nordkaukasischen Region in 16 Fällen Ermittlungen wegen „Entführung“ (Paragraph 126 des russischen Strafgesetzbuches) eingeleitet habe, die „angeblich von Angehörigen der russischen Streitkräfte begangen worden waren“. Die tschetschenische Staatsanwaltschaft hatte 77 strafrechtliche Ermittlungen gegen Angehörige des russischen Ministeriums für Inneres eingeleitet.²⁷ Von 44 Militärangehörigen, die bis zum September 2002 für Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung verurteilt worden waren, sind nur 14 Personen wegen schwerer Körperverletzungen oder Mord an Zivilisten verurteilt worden. Keine dieser Personen wurde wegen „Entführung“ verurteilt.²⁸

Strafverfahren gegen Eduard Ulman und drei andere Militärangehörige

Am 29. April 2004 sprach das Gericht von Rostow am Don vier Angehörige einer Sondereinheit der Hauptverwaltung für Aufklärung des Generalstabs in Russland, die wegen Mordes an sechs Zivilisten in Tschetschenien angeklagt waren, frei. Nach dem dem Gericht vorliegenden Beweismaterial hatte die Sondereinheit am 11. Januar 2002 eine Sonderoperation gegen einen führenden tschetschenischen Oppositionskämpfer, der „Khattab“ genannt wurde, nahe der Siedlung Dai durchgeführt. Die Sondereinheit überprüfte alle Pkws, die zwischen Schatoy und Dai verkehrten, und eröffneten das Feuer auf einen zivilen Wagen, dessen Fahrer ihrer Aufforderung anzuhalten nicht gefolgt war. Einer der Autoinsassen war sofort tot, zwei Weitere wurden verwundet. Zunächst versorgten die Soldaten unter dem Kommando des Hauptmanns Ulman die Verwundeten und warteten auf weitere Anweisungen ihres Befehlshabers. Der stellvertretende Leiter der Einheit Major Aleksei Perelewskiy soll den drei Männern eine Nachricht des Kommandanten der Militäreinheit weitergeleitet haben, die ihnen befahl, „die festgenommenen Personen zu vernichten“. Darauf befahl Hauptmann Ulman seinen Untergebenen Aleksandr Kalaganskij und Wladimir Woewodin, alle Autoinsassen zu töten und das Auto in Brand zu setzen.

Wie einer der Rechtsanwälte Mitarbeitern von amnesty international mitgeteilt hat, haben Augenzeugen, die die Straße entlangefahren waren, nachdem die Militärangehörigen den Tatort bereits verlassen hatten, berichtet, dass die Erde rund um das verbrannte Auto rot war vom Blut, und die Spuren im Schnee darauf hinwiesen, dass einer der Autoinsassen versucht hatte zu fliehen. Die Beweise, die dies alles bestätigen, sind bei der Gerichtsverhandlung vorgelegt worden.

²⁶ SG/Inf(2004)3, 16 January 2004: Russian Federation: Council of Europe's response to the situation in the Chechen Republic.

²⁷ Ebd.

²⁸ PACE: Conflict in the Chechen Republic, Information Report, doc 5995, part II, 22 September 2002.

Die vier am Vorfall beteiligten Angehörigen der Sondereinheit stritten die Ermordung der Zivilisten nicht ab; das Gericht sprach sie aber frei, da sie lediglich einem Befehl Folge geleistet hätten.²⁹ Im Mai 2004 soll die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation noch geprüft haben, ob sie gegen diese Entscheidung Einspruch erheben soll. amnesty international hat keine Informationen darüber, ob gegen den Kommandierenden der Militäreinheit Anklage erhoben worden ist.

Unvollständige Untersuchungen

Im Frühling 2000 wurde der Lehrer Alaudin Sadykow aus Grosny von der Spezialeingreiftruppe der Miliz (OMON) aus Chanty-Mantyjsk in einer Polizeistation des Bezirks Oktjabrskij, Grosny, festgenommen und gefoltert.³⁰ Wie berichtet wird, haben Angehörige der Spezialeingreiftruppe der Miliz Sadykow dabei mehrere Rippen gebrochen und ein Ohr abgeschnitten. Angeblich habe einer der Täter dieses Ohr am Hals getragen. Das Büro des Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten für Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten in der Tschetschenische Republik erklärte im Jahr 2001, dass wegen angeblich strafbarer Aktionen einer Einheit des Innenministeriums (OMON) Ermittlungen eingeleitet worden seien. Seither wurde aber niemand wegen der Folterung Sadykows vor Gericht gebracht. Die Ermittlungen wurden wegen der „Unmöglichkeit, einen Täter festzustellen“ eingestellt, obwohl Sadykow berichtet, dass er mindestens einen Täter namentlich kennt und wiedererkennen könnte.

Fall von Sergej Lapin

Am 14. Oktober 2003 begann vor dem Gericht des Bezirkes Oktjabrskij in Grosny die Gerichtsverhandlung gegen einen Angehörigen der Spezialeingreiftruppe der Miliz (OMON) aus Chanty-Mantyjsk, Sergej Lapin.³¹ Lapin wird beschuldigt, den 26-jährigen Selimchan Muralow aus Grosny entführt zu haben. Lapin wurde im Januar 2002 festgenommen und im Mai 2002 wieder freigelassen. Ihm werden schwere Körperverletzung, Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung vorgeworfen. Dies ist das erste Mal, dass sich ein Angehöriger der militärischen föderalen Streitkräfte wegen schwerer Verbrechen an Zivilisten vor einem tschetschenischen Gericht verantworten muss. Lapin soll allerdings behauptet haben, an einem posttraumatischen Syndrom und anderen psychischen Problemen zu leiden, weswegen er nicht an der Gerichtsverhandlung in Grosny teilnehmen können. Aus diesem Grund soll die Gerichtsverhandlung vertagt worden sein. amnesty international wurde berichtet, dass Lapin Berufung beim Obersten Gericht der Russischen Föderation eingelegt habe, um eine Verhandlung vor einem Geschworenengericht zu erreichen. Ein solches Gericht existiert im

²⁹ Das Urteil findet sich unter <http://www.kolokol.ru/chechnya/70893.html>.

³⁰ Ein detaillierter Bericht der Folter und Misshandlung von Alaudin Sadykow findet sich in *Denial of Justice*, AI Index: EUR 46/027/2002.

³¹ Ebd.

tschetschenischen Justizsystem bislang nicht. Der Anwalt der Familie von Selimchan Murdalow legte Beschwerde gegen eine solche Gerichtsverhandlung ein und beantragte eine Gerichtsverhandlung in Grosny. Die Gerichtsverhandlung wurde nach nur einer Woche vertagt und seither nicht wieder aufgenommen. Es wurde berichtet, dass Lapin seinen Dienst bei der Miliz als bewaffneter Polizist Anfang 2004 wieder aufgenommen habe.

Der Tschetschenienkrieg und die internationale Gemeinschaft

Als Unterzeichnerstaat einer Reihe von internationalen Menschenrechtsabkommen ist die Russische Föderation verpflichtet, die Menschenrechte aller auf ihrem Territorium und unter ihrer Staatsgewalt stehenden Personen ohne Diskriminierung zu achten und zu schützen. Der Unfähigkeit der Russischen Föderation, diese Verpflichtungen im Tschetschenienkonflikt einzuhalten, wurde selten mit einer entsprechenden Reaktion von Seiten sowohl der Regierungen anderer Länder als auch zwischenstaatlicher Institutionen begegnet.

So hat beispielsweise der Sicherheitsrat der VN, dessen ständiges Mitglied Russland ist, seit Beginn des Konfliktes im Jahre 1999 keine spezifische Resolution zur Kriegsführung der russischen Streitkräfte während des bewaffneten Konflikts in Tschetschenien verabschiedet.

Vor den Ereignissen vom 11. September 2001 in den USA waren ausländische Regierungen und internationale Institutionen eher bereit, die Russische Föderation für die unakzeptable Lage in Tschetschenien bezüglich der Menschenrechte zur Rechenschaft zu ziehen. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 ist aber die Kritik an den Verletzungen internationaler humanitärer Rechtsnormen und den Menschenrechten fast verstummt.

Ein weiteres wichtiges internationales Forum, in dem die Kritik am Handeln der russischen Streitkräfte in Tschetschenien zunehmend schwächer wird, ist die VN Menschenrechtskommission. Am 15. April 2004 hat die VN Menschenrechtskommission zum dritten Mal in Folge den von der EU eingebrachten Entwurf einer Resolution zur Lage in der Tschetschenischen Republik abgelehnt. Bei 18 Stimmenthaltungen und 23 Neinstimmen stimmten 12 Kommissionsmitglieder für den Entwurf. Im Jahr 2000 und 2001 hatte die Kommission zwei Resolutionen verabschiedet, die die internationalen Menschenrechtsverletzungen und die Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch die russischen Militärstreitkräfte und die tschetschenischen Kämpfer verurteilte.³² Obgleich die Resolutionen die Lage in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen wenig beeinflusst haben, haben sie doch eindrucksvoll bestätigt, dass die Russische Föderation ihren internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte nicht nachkommt.

³² Commission on Human Rights Resolution 2001 (24). In der Resolution fordert die Kommission beispielsweise die betreffenden Sonderberichterstatter und Sonderinstrumente auf, die Russische Föderation zu besuchen. Bis zum April 2004 besuchte nur der Vertreter des Generalsekretärs für intern vertriebene Personen die Russische Föderation.

Es ist offensichtlich, dass die Situation in der Tschetschenischen Republik im Gegensatz zu offiziellen Äußerungen der russischen Regierung sich nicht so weit stabilisiert hat, dass ihr von der Seite der Weltgemeinschaft weniger Aufmerksamkeit geschenkt werden dürfte. Tatsächlich überwachen und kritisieren weiterhin eine Reihe von internationalen Institutionen und internationalen Menschenrechtsorganen das Verhalten der russischen Streitkräfte sowie der tschetschenischen Kämpfer. Im November 2003 brachte der VN-Menschenrechtsausschuss in den Schlussbemerkungen zum fünften periodischen Bericht der Russischen Föderation über die Umsetzung der Verpflichtungen im Rahmen des Internationalen Pakts über die bürgerlichen und politischen Rechte seine tiefe Besorgnis zum Ausdruck über „längeranhaltende Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Tschetschenischen Republik, insbesondere über extralegale Hinrichtungen, das „Verschwindenlassen“ von Personen und Folter, einschließlich Vergewaltigungen“.³³ Der Ausschuss forderte die russische Regierung dringend auf, alles Notwendige zu unternehmen, damit die „Verletzungen und Misshandlungen de-jure und de-facto nicht unbestraft bleiben, einschließlich der Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Angehörigen des Militärs und der Sicherheitskräfte im Rahmen anti-terroristischer Operationen“.

Auf der regionalen Ebene haben die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europarat permanent die Situation in der Tschetschenischen Republik beobachtet. Die Regierung Russlands hat aber das Mandat der OSZE-Beobachtermission in Tschetschenien nicht verlängert, das Ende 2002 abgelaufen ist. Die Europarat-Experten haben im April 2003 das Land aus Sicherheitsgründen verlassen, nachdem in Grosny eine Bombe explodiert war, während ein Pkw-Konvoi mit zwei Experten des Europarates vorbeifuhr. Die Täter wurden bis jetzt nicht ermittelt werden. Trotz allem beschäftigen sich die Institutionen und Organe des Europarates auch weiterhin mit Problemen in Tschetschenien und besuchen die Republik.

Der Generalsekretär des Europarates veröffentlicht regelmäßig Berichte über die Lage in der Tschetschenischen Republik und hat im Dezember 2003 in Verlaufe von Gesprächen mit den russischen Regierenden ein neues Abkommen von 10 Punkten aushandeln können. amnesty international und andere Organisationen haben dieses Abkommen zwar begrüßt, fordern aber seine Ausweitung. Das Ministerkomitee des Europarates diskutiert auf seinen Sitzungen regelmäßig die Situation in Tschetschenien und hat auch das Überwachungsverfahren im Bezug auf die Situation in Tschetschenien aktiviert. Die Situation bleibt eine der vorrangigen Fragen der Arbeit des Menschenrechtskommissars des Europarates. Dessen wichtigste Empfehlungen an die russische Regierung aus dem Jahre 2002 zur Beachtung der Menschenrechte bei den Militärrazzien harren noch immer ihrer konsequenten Umsetzung.

Die drei Berichtserstatter, die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (ERPV) ernannt worden sind, haben regelmäßigen Kontakt mit den russischen Behörden und besuchen regelmäßig Tschetschenien und Inguschetien. Die letzte Visite fand Ende Mai 2004 statt. Im April 2003 nahm die Versammlung eine scharfe Resolution zur Menschenrechtssi-

³³ Concluding observations of the Human Rights Committee: Russian Federation. 06/11/2003 (CCPR/CO/79/RUS).

tuation in der Tschetschenischen Republik an, die sich an das Ministerkomitee des Europarates richtet.³⁴ Im Empfehlungsteil erklärt sie: „Bisher sind alle Bemühungen aller Seiten, beginnend mit der russischen Regierung, seiner Verwaltung und seinem Rechtssystem, bis hin zum Europarat und seiner Mitgliedstaaten in Bezug auf die Änderung der Menschenrechtssituation erfolglos gewesen und haben nicht dazu geführt, dass vergangene Menschenrechtsverletzungen und insbesondere die Kriegsverbrechen angemessen verfolgt wurden.“ Die Versammlung rief die Mitgliedsstaaten des Europarates auf, „ohne zu zögern alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Russische Föderation auf ihre Verantwortung hinzuweisen“ und hat bedauert, dass „kein Mitgliedsstaat des Europarates und keine Staatengruppe bisher mutig genug waren, eine Staatenbeschwerde gegen die Russische Föderation einzulegen“. Sie forderte die Mitgliedsstaaten hierzu auf. Ferner sollten sie die universelle Gerichtsbarkeit für die schwersten in der Tschetschenischen Republik begangenen Menschenrechtsverletzungen anwenden.³⁵

Seit dem Beginn des Konfliktes im Jahre 1999 hat der Ausschuss für die Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung (CPT) Tschetschenien sechsmal besucht. Der Ausschuss besuchte sowohl offizielle als auch inoffizielle Hafteinrichtungen und befragte Inhaftierte. Der Ausschuss traf Mitarbeiter russischer und tschetschenischer Dienststellen und überprüfte offizielle Unterlagen. Leider haben die russischen Behörden bisher die Veröffentlichung der Berichte des CPT verweigert. Im Juli 2003 veröffentlichte der Ausschuss erstmalig eine zweite offizielle Stellungnahme, in der nochmals auf die fortwährende Misshandlung durch Mitglieder der Polizei- und föderalen Sicherheitskräfte und die weitestgehend erfolglosen Maßnahmen hingewiesen wird, um die Täter vor Gericht zu bringen. Der Ausschuss empfahl der russischen Regierung konkrete Maßnahmen, unter anderem eine förmliche Verurteilung der Misshandlung durch Mitglieder der föderalen Kräfte und Sicherheitskräfte in der Tschetschenischen Republik auf allerhöchster politischer Ebene, um das Recht der Bürger auf Freiheit von Folter und Misshandlung zu respektieren und zu schützen und um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Während die genannten Gremien des Europarates weiterhin über die Menschenrechtskrise in Tschetschenien berichten, scheinen Regierungen, auch von Mitgliedstaaten des Europarates und der EU, immer weniger willens, das Thema Tschetschenien im Rahmen ihrer Kontakte mit der russischen Regierung anzusprechen.

Im Februar 2004 hat das Europäische Parlament den Europarat aufgefordert, „Russland erneut dazu aufzufordern, seinen Teil zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien beizutragen, das Verschwinden von Personen, Berichte über Folter und andere Verbrechen zu untersuchen, die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen und sicherzustellen, dass Gerichtsverfahren allen rechtlichen Anforderungen genügen.“ Die Führungsgremien der EU versicherten in den letzten Jahren mehrmals, dass das Menschenrechtsproblem in Tschet-

³⁴ Resolution 1323 (2003) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates: The human rights situation in the Chechen Republic.

³⁵ Parlamentarische Versammlung: Empfehlung 1600 (2003): The Human Rights situation in the Chechen Republic.

schenien im Rahmen der Treffen mit der russischen Regierung angesprochen wird und dass sie auf der Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze und der strafrechtlichen Verfolgung der Täter von Menschenrechtsverletzungen besteht. Trotz dieser öffentlichen Versprechen gibt es wenige Anzeichen eines wirklichen Engagements in dieser Frage zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Russischen Föderation andererseits.

Die internationale Gemeinschaft muss diese Situation entschiedener aufgreifen und muss auf Russische Föderation Druck ausüben, seine internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte zu erfüllen. amnesty international hält es für absolut notwendig, dass die Menschenrechtskrise im Nordkaukasus nicht nur ein Thema auf der internationalen Tagesordnung bleibt; ihr muss vielmehr erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Nachstehend werden Empfehlungen an die russische Regierung, an die Behörden der Tschetschenischen Republik und an die bewaffneten Gruppen sowie an die internationale Gemeinschaft aufgelistet.

Empfehlungen an den Präsidenten und die Regierung der Russischen Föderation:

- Die andauernden schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen in der Tschetschenischen Republik zu verurteilen und unmittelbar Schritte einzuleiten, um solche Verletzungen in Tschetschenien zu beenden, insbesondere extralegale Tötungen, willkürliche Verhaftungen, „Verschwindenlassen“ und Folter, einschließlich Vergewaltigung und Misshandlung;
- Unmittelbare Schritte zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen in der Republik Inguschetien zu unternehmen;
- Sicherzustellen, dass alle vergangenen und gegenwärtigen Vorwürfe der Verletzung international geschützter Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sofort, unabhängig und unparteiisch untersucht werden und die Täter vor einem unabhängigen, unparteiischen, durch Gesetz eingerichtetes Gericht in einem Verfahren entsprechend den internationalen Standards für ein faires Gerichtsverfahren Gerechtigkeit erfahren;
- Alle Versuche der zwangsweisen Rückführung von Binnenflüchtlingen in Inguschetien in die Tschetschenische Republik zu beenden und ihnen statt dessen angemessenen Schutz und humanitäre Unterstützung entsprechend den internationalen Standards zu gewähren;
- Alle Beschwerdeführer vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu schützen und ohne Verzögerung unabhängige und sorgfältige Untersuchungen aller Vorwürfe von Repressalien gegen Beschwerdeführer zu untersuchen; die Ergebnisse aller strafrechtlichen Ermittlungen wegen dieser Repressalien einschließlich Tötung, Folter und Misshandlung der Beschwerdeführer und ihrer Familien zu veröffentlichen; sicherzustellen, dass all für diese Taten Verantwortlichen in einem fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden;
- Die Empfehlungen der Vertragsausschüsse und spezieller Mechanismen sowohl auf VN-, als auch auf Europaratsebene vollkommen umzusetzen;

- Ohne weiteren Aufschub die Veröffentlichung aller Berichte über Besuche in der Region durch Experten des Europäischen Komitees zur Verhütung der Folter (CPT) zu erlauben; einen Plan zur Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses zu veröffentlichen und die periodische Veröffentlichung von Maßnahmen, die diese Empfehlungen umsetzen, sicherzustellen;
- Unabhängigen Medien und Menschenrechtsbeobachtern einschließlich internationaler Organisationen ungehinderten Zugang zu Tschetschenien zu gewähren. Gründliche und unabhängige Untersuchungen des Angriffes sicherzustellen, der die Experten des Europarates bedrohte. Sicherzustellen, dass Menschenrechtsverteidiger ihre legitime Tätigkeit in der Region sicher und ohne Angst vor Bedrohung oder Einschüchterung ausüben können. Die Ergebnisse jeglicher strafrechtlicher Ermittlung der Tötungen, Folter und Misshandlungen von Menschenrechtsverteidigern und –aktivisten veröffentlichen.

Empfehlungen an tschetschenische bewaffnete Oppositionsgruppen:

- Alle direkten und gezielten Attacken auf Zivilisten sowie alle unverhältnismäßigen und wahllosen Attacken zu beenden;
- Die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts vollkommen einzuhalten.

Empfehlungen an andere Regierungen:

- Die Regierung der Russischen Föderation an ihre Verpflichtungen nach den internationalen Menschenrechtsverträgen und dem humanitären Völkerrecht zu erinnern;
- Sicherzustellen, dass Personen, die vor dem Konflikt fliehen, nicht nach Tschetschenien oder in andere Teile der Russischen Föderation zurück verbracht werden, bis ihre sichere, dauerhafte und würdevolle Rückkehr sichergestellt ist;
- Alle Wege des politischen Dialogs mit dem Präsidenten und der Regierung der Russischen Föderation zu nutzen, um die Notwendigkeit einer entschiedenen Reaktion gegenüber allen Tätern von Menschenrechtsverletzungen zu unterstreichen;
- Sicherzustellen, dass die Menschenrechtssituation in Tschetschenien in allen zwischenstaatlichen Treffen und Organisationen angesprochen wird und angemessene Maßnahmen unternommen werden, um ein Ende der Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sowie der Straflosigkeit zu unterstützen;
- Eine unabhängige internationale Untersuchung der Fälle von „Verschwundenen“ im Nord-Kaukasus während der beiden bewaffneten Konflikte in Tschetschenien zu unterstützen;
- Die Unterstützung der russischen Regierung für den Besuch des Vertreters des VN-Generalsekretärs zu Binnenflüchtlingen im Jahr 2003 zu begrüßen und die russische Regierung aufzufordern, dessen Empfehlungen sowie der anderen VN-Sonderverfahren und Ausschüsse und derjenigen des Europarates zur Situation in und um Tschetschenien umzusetzen;

- Die Einladung der russischen Regierung an den VN-Sonderberichterstatter zur Gewalt gegen Frauen zu begrüßen, dessen Besuch ohne weitere Verzögerung vorbereitet werden sollte;
- Die russische Regierung aufzufordern, für die Besuche der VN-Sonderberichterstatter zur Folter sowie zu außergerichtlichen, summarischen und willkürlichen Hinrichtungen Termine bekanntzugeben und den Besuch vorzubereiten;
- Die russische Regierung aufzufordern, unabhängigen internationalen Menschenrechtsbeobachtern ungehinderten Zugang zu Tschetschenien zu gewähren;
- Die russische Regierung aufzufordern, ihre Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Organisationen auch im Bereich des Menschenrechtsschutzes zu vertiefen. Unter anderem ohne weitere Verzögerung mit der OSZE neue Verhandlungen über die Wiedererrichtung einer Vertretung in der Region aufzunehmen, deren Mandat die Überwachung und die Wahrung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts umfasst.

Empfehlungen an den Europarat:

An den Generalsekretär:

- Die Umsetzung des Abkommens zur Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der Regierung der Russischen Föderation vom Dezember 2003 sicherzustellen und seinen Anwendungsbereich auszudehnen. Sicherzustellen, dass das Abkommen die Einrichtung einer permanenten Vertretung von Menschenrechtsexperten des Europarates in der Region umfasst, die ungehindert und mit Sicherheitsgarantien arbeiten können;
- Eine bessere Zusammenarbeit der Arbeit und Aktivitäten aller Organe und Mechanismen des Europarates sicherzustellen;
- Angemessenen Druck auf die russische Regierung auszuüben, damit die Archive und andere Quellen des ehemaligen Büros des Sonderbeauftragten des Präsidenten der Russischen Föderation für die Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Tschetschenischen Republik erhalten bleiben;

An das Ministerkomitee:

- Sicherzustellen, dass die Diskussion über und die Debatte der Menschenrechtskrise in der Region des Nordkavkasus der Russischen Föderation ein ordentlicher Punkt auf der Tagesordnung des Ministerkomitees bleibt. Sicherzustellen, dass diese Diskussion die Berichte und Follow-ups der Umsetzung der Empfehlungen der Organe und Mechanismen des Europarates enthalten, einschließlich des Generalsekretärs, der Parlamentarischen Versammlung, des Menschenrechtskommissars, des CPT, der Venedigkommission und der ECRI;
- Darauf zu bestehen, dass die russischen Behörden die Repressalien gegen die Beschwerdeführer vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unterbinden und sicher-

zustellen, dass alle Vorwürfe solcher Repressalien sofort, gründlich und unabhängig untersucht werden und dass alle Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden;

- Im Zusammenhang mit den regelmäßigen Diskussionen des Tschetschenienkonflikts und seiner Auswirkungen die Effizienz des Überwachungsmechanismus‘ des Ministerkomitees dadurch zu zeigen, dass die Maßnahmen, die in der Erklärung des Ministerkomitees von 1994 über „die Erfüllung der von den Mitgliedstaaten des Europarates übernommenen Verpflichtungen“ vorgesehen sind, durchgesetzt werden;
- Maßnahmen zu ergreifen, um die Einsetzung einer unabhängigen, unparteiischen, internationalen Untersuchungskommission zu „Verschwindenlassen“, die im Laufe der beiden Konflikte in Tschetschenien geschahen, sicherzustellen;
- Angemessenen Druck auf die russische Regierung auszuüben um sicherzustellen, damit die Archive und andere Quellen des ehemaligen Büros des Sonderbeauftragten des Präsidenten der Russischen Föderation für die Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Tschetschenischen Republik erhalten bleiben.

An die Parlamentarische Versammlung:

- Sicherzustellen, dass das Überwachen und die öffentliche Berichterstattung über die Menschenrechtssituation in und um Tschetschenien fortgesetzt wird. Wann immer möglich, die massiven Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts zu verurteilen und Schritte zu ihrer Beendigung zu unterstützen;
- Weiterhin die russische Regierung aufzufordern, die umfassende Umsetzung der Empfehlungen der Organe und Mechanismen des Europarates sicherzustellen.

An den Menschenrechtskommissar:

- Die Menschenrechtssituation in Tschetschenien und Inguschetien weiterhin zu überwachen;
- Maßnahmen zu unterstützen, um einen effektiven und unabhängigen Mechanismus zum Schutz der Menschenrechte in Tschetschenien einzuführen;
- Weiterhin darauf zu bestehen, dass die russischen Behörden die Repressalien gegen die Beschwerdeführer vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unterbinden und sicherzustellen, dass alle Vorwürfe solcher Repressalien sofort, gründlich und unabhängig untersucht werden und dass alle Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden.

An die Mitgliedstaaten des Europarates:

- Die fortdauernden schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen in der Tschetschenischen Republik und die Menschenrechtsverletzungen in der Republik Inguschetien zu verurteilen und die russische Regierung und die Behörden in der Tschetschenischen Republik aufzufordern, dringend Schritte zu unternehmen, um extralegale Hinrichtungen, die Nutzung geheimer Haftanstalten, willkürliche Inhaftierung, „Verschwin-

denlassen“, Folter und Misshandlung in Tschetschenien zu beenden und sie bei diesen Maßnahmen zu unterstützen;

- Druck auf den Präsidenten und die Regierung der Russischen Föderation auszuüben, damit alle vergangenen und gegenwärtigen Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen oder Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht umfassend untersucht werden, die Verantwortlichen in Verfahren, die den internationalen Standards von Fairness entsprechen vor unabhängige, unparteiische, durch Gesetz eingerichtete Gerichte gebracht werden und Maßnahmen einzuleiten, um dieses Vorgehen zu ermöglichen;
- Die sofortige Einrichtung einer unabhängigen Untersuchung durch internationale Experten von Fällen von „Verschwindenlassen“, die im Nordkaukasus im Zusammenhang mit den zwei bewaffneten Konflikten in Tschetschenien aufgetreten sind, zu unterstützen und zu ermöglichen;
- Alle notwendigen Schritte zu unternehmen um sicherzustellen, dass der Präsident und die Regierung der Russischen Föderation alle Empfehlungen der Organe und Mechanismen des Europarates einschließlich des Generalsekretärs, des Ministerkomitees, der Parlamentarischen Versammlung, des Menschenrechtskommissars, der Venedig-Kommission, ECRI und des Ausschusses zur Verhütung von Folter (CPT) vollkommen umsetzt, und soweit nötig die notwendige Unterstützung bei der Umsetzung dieser Empfehlungen zu gewähren;
- Den Präsidenten und die Regierung der Russischen Föderation und die Behörden der Republik Inguschetien aufzufordern, Versuche zwangsweiser Rückführung von Binnenflüchtlings aus Tschetschenien zu beenden und ihnen angemessenen Schutz und humanitäre Unterstützung entsprechend den internationalen Standards zu gewähren;
- Darauf zu bestehen, dass die russischen Behörden die Repressalien gegen Beschwerdeführer vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu beenden und sicherzustellen, dass die Vorwürfe solcher Repressalien sofort, gründlich und unabhängig untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden;
- Angemessenen Druck auf den russischen Präsidenten und die russische Regierung auszuüben um sicherzustellen, dass Archive und andere Quellen des ehemaligen Büros des Sonderbeauftragten des Präsidenten der Russischen Föderation für die Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Tschetschenischen Republik erhalten bleiben;
- Durch den Dialog mit russischen Behörden die Einrichtung eine unabhängigen und effektiven Menschenrechtsmechanismus wie des Amtes eines Ombudsmann zu verfolgen, der Beschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen in der Region annimmt und nachgeht und die Arbeit des ehemaligen Büros des Sonderbeauftragten des Präsidenten fortsetzt. Es ist grundlegend, dass die Experten des Europarates in die Arbeit dieses Büros sowohl hinsichtlich laufender wie auch zukünftiger Beschwerden aktiv einbezogen werden;
- Die russischen Behörden aufzufordern, alle Berichte der Experten des Ausschusses für die Verhütung von Folter (CPT) über Besuche in der Russischen Föderation einschließlich der Region des Nord-Kaukasus sofort veröffentlichen zu lassen;
- Die russische Regierung aufzufordern, unabhängigen Medien und Menschenrechtsbeobachtern einschließlich von internationalen Organisationen ungehinderten Zugang zu Tschetschenien zu gewähren und sicherzustellen, dass die Menschenrechtsverteidiger, die in der Region arbeiten, ihre legitime Arbeit in Sicherheit und ohne Angst vor Bedrohung

und Einschüchterung ausüben können. Die Ergebnisse strafrechtlicher Untersuchungen von Tötungen sowie Folter und Misshandlung von Menschenrechtsverteidigern und Aktivist*innen zu veröffentlichen.